EINZELVERKAUFSPREIS 1. 50 DM incl. 5,5 % MWST.

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 146 9. OKTOBER 1976

herausgeber:
frankfurter informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel.: 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28-602

verantwortlicher redakteur :
indulis bilzens

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort „adressänderung" oder „neuabo".

RÜCKMELDUNGSFRIST ABGELAUFEN – BOYKOTT GEHT WEITER

TÜBINGEN(ID) 7. Oktober

Nach der Demonstration am Donnerstag, dem 30. September, (s. ID 145) wurde beschlossen sich am nächsten Morgen vor dem Unisekretariat zu treffen. Pünktlich zur Öffnungszeit um 9⁰⁰ waren 500 Studenten dort versammelt und betätigten sich bei der Flugblattproduktion und beim Herstellen von Wandzeitungen. Dieser Freitag war offiziell der letzte Termin für die Rückmeldung. In der Stadt waren 1000 Ordnungsbeamte stationiert, die aber weder was von sich hören noch sehen liessen. Auf einer Kundgebung am selben Tag um 12⁰⁰ kamen dann auch 1500 Leute friedlich zusammen, hörten den Berichten von der Donnerstagsdemonstration zu und freuten sich über die vielen Solidaritätsadressen. Danach gabs eine spontane Demonstration und nachmittags wurden Infostände in der ganzen Stadt aufgestellt. 20 000 Flugblätter wurden verteilt, Fotos von dem Polizeieinsatz fanden gebührende Beachtung aber die Ordnungshüter selbst hielten sich weiterhin versteckt. Das hängt vermutlich mit der Lokalpresse zusammen die das unverhältnissmäßige Eingreifen der Polizei kritisierte. Ein Aufruf für eine weitere Demonstration am Mittwoch, 6. Oktober wurde vorbereitet und nochmal am Dienstag auf einer Boykottveranstaltung mit 1200 Studenten diskutiert. Es wurde beschlossen, festeingehakt in bekannten Gruppen zu marschieren, damit keine Spitzel provozieren können; Fotogenehmigungen wurden vom ASTA an bestimmte Leute verteilt, die sich verpflichteten, die Filme dort wieder abzuliefern.

Am Mittwoch sah Tübingen die größte Demonstration seit der Studentenbewegung. 3000 Leute und Delegationen von Unis in Konstanz, Heidelberg, Freiburg, Stuttgart und Reutlingen waren auf der Strasse. Währenddessen machte der Verband deutscher Studentenschaften in Bonn eine Pressekonferenz, wo ein Videostreifen vom Polizeieinsatz gezeigt wurde und der Rücktritt von Unipräsident Theis und dem CDU Innenminister von Baden-Würtemberg Schieß, gefordert wurde. Diese Forderung wurde auch auf der Abschlusskundgebung nochmals aufgestellt. Außerdem waren 5 Druckarbeiter da, die während des Druckerstreiks in Reutlingen Streikposten gestanden hatten. In ihren Reden stellten sie eine Verbindung zwischen den Arbeitern und den Studenten im politischen Kampf her, unterstützten die studentischen Forderungen und kritisierten das Vorgehen der Polizei. Eine Podiumsdiskussion abends, zu der die verantwortlichen Polizisten, der Innenminister, Rechtsanwälte, Professoren und der Unipräsident geladen waren, wurde von 2000 Leuten besucht. Von den geladenen Gästen tauchte nur der Unipräsident auf. Eine heftige Diskussion über die Rücktrittsforderung war das Hauptthema der Veranstaltung. In 14 Tagen ist ein Teach-In geplant, auf dem sich der Kultusminister zeigen soll. Die Studenten wollen ihn sehr gerne einmal sehen, aber auch der Unipräsident unterstützte die Forderung.

IN HEIDELBERG WIRD ZUM ANGRIFF AUF DIE ASTEN GEBLASEN

HEIDELBERG (ID) 30. September

Mitglieder des AStA in Heidelberg haben uns diesen Bericht geschickt:

„Der Winfried vom LILI-AStA arbeitet an einem Info für Studienanfänger (LILI ist die „Linke Liste", die bei den letzten Studenten-Parlaments-Wahlen die Mehrheit bekam. Anm.D.Red.). Dies ist aber nicht rechtzeitig fertig geworden. Deshalb verteilte er ab dem 12.9. an die herbeieilenden ZVS-ler (ZVS = Zentralstelle für die Verteilung von Studienplätzen), die sich in geordneten Bahnen immatrikulierten, ein Flugblatt, Titel: Tante Lili – Tips und Informationen für Studienanfänger, mit dem Inhalt, daß ein Info für sie herausgegeben wird. Über eine Woche lang ging das Verteilen im Foyer der Uni gut, bis dann am Montag, dem 20.9. der Prorektor ihm dies untersagte: „Ich bin hier der Hausherr". Winfried, der Referent im ASTA ist, wies auf seine Rechte und Pflichten hin und ließ sich beim Verteilen nicht beirren. Der Prorektor holte die Polizei, die Winfried aber nicht fand, weil er unter den Studienanfängern „schwamm". Unverrichteterdinge zogen die uniformierten Polizisten ab.

Am TAg darauf gingen Schorsch und Andreas (AStA-Vorsitzender und Referent) mit Winfried zusammen verteilen. Sie hatten auch noch ein Flugblatt, das die Ereignisse des Vortages beschrieb, mitgebracht. Diesmal kamen vier Zivilbeamte und nahmen Winfried ohne Begründung fest. Winfried wurde auf das Polizeipräsidium geschleppt, dort erkennungsdienstlich behandelt und wieder entlassen. Um das Recht des AStA auf Informationsfreiheit wahrzunehmen, gingen am Mittwoch alle verfügbaren AStA-Mitglieder zum Flugblattverteilen. Diesmal kam zum Prorektor auch noch der persönliche Referent des Rektors hinzu. Beide forderten die AStA-Mitglieder auf, dieRäume der Uni zu verlassen; das Tante Lili-Flugblatt habe keinen presserechtlichen Verantwortlichen, Hausrecht usw.. Diese aber beharrten auf ihrem Standpunkt, daraufhin holte der persönliche Referent die Polizei, die diesmal gleich mit zwei Einsatzwagen und einem Ziviltrupp anrückte. Einsatzleiter und persönlicher Referent dirigierten zusammen die Festnahmen. Schorsch, Mario und Andreas vom AStA und zwei Fachschaftsvertreter wurden festgenommen. Sie wurden auf das Präsidium gebracht und bevor sie erkennungsdienstlich behandelt wurden, bis zu eineinhalb Stunden in Einzelhaft gehalten.

Wir sehen dieses Vorgehen des Rektorats im Zusammenhang mit der Absicht, im kommenden Semester (dem Beispiel Berlins und Bayerns folgend) die verfaßte Studentenschaft (VS) und damit auch die ASten in Baden-Württemberg zu liquidieren. Hierzu liegt auch ein Referentenentwurf des Kultusministers vor, und der Finanzausschuß des Landtags hat die Abschaffung der VS befürwortet.

Bisher galten die Angriffe des Rektorats vorwiegend der KHG (KBW), deren fantasielos-schematisches Agieren sie bald in den Griff bekamen, da auch der Mobilisierungsgrad der MLer in Heidelberg stetig abnimmt. Im Zuge des „undogmatischen Frühlings" in Heidelberg kamen mit der Linken Liste im April 76 Spontis in den ASTA, die das Rektorat bisher nur als „subkulturelle Elemente" zu etikettieren vermochte. Dementsprechend mußte auch das Rektorat im Sommer bei einem Verbotsversuch einer 588a-Veranstaltung zurückstecken. Diese Veranstaltung mit Peter Brückner, Cohn-Bendit, Wagenbach u.a. wurde zu einem vollen Erfolg für die Heidelberger undogmatische Linke: zum ersten Mal seit seligen Studentenbewegungszeiten mobilisierte eine politische Veranstaltung dieser Art über zweieinhalb Tausend Leute.

Nun versucht das Rektorat schon vor Beginn des Wintersemesters die LILI mit überraschenden Attacken abzutasten, um ihre Mobilisierungsfähigkeit unter den Studenten im Hinblick auf eine mögliche Abschaffung des AStA erinschätzen zu können.

Wir sind bisher gegen diesen Angriff auf zwei Ebenen vorgegangen. Auf der formal-juristischen Ebene haben wir eine Einstweilige Verfügung gegen das Rektorat beantragt. Diese wurde vom Verwaltungsgericht Karlsruhe vorerst abgewiesen. Das Verwaltungsgericht schloß sich dabei dem vorgeschobenen presserechtlichen Konstrukt des Rektorats an, das trotz dieser Entscheidung unserer Meinung rechtlich nicht haltbar ist. Deswegen werden wir dieses formale Spiel weiter durchziehen!

Die entscheidende Ebene ist für uns aber das politisch-inhaltliche. Wir haben ein ausführliches Sonderinfo zu diesen Vorfällen gemacht, womit wir einerseits versucht haben, in neuer Form unsere Erfahrungen und Einschätzungen zu vermitteln, und andererseits eine Diskussion zur weiteren Strategie initiieren wollen. Dieses Sonderinfo verteilten wir dann unter anderem bei einer Aktion in der Uni indem wir dort eine „Führung" für Erstsemester veranstalteten. Dabei hatten wir großen Spaß und blieben unbehelligt. Wir machen weiter und bleiben heiter!"

HUNGERSTREIK

P.P. ZAHL NOCH IMMER:ROCHUSSTR.350, JVA

KÖLN (ID)
6.Oktober

„Hungerstreik. Mihajlo Mihajlov, jugoslawischer Schriftsteller 42 Jahre, zu 7 Jahren verurteilt... droht für den Herbst einen erneuten Hungerstreik an. Diesmal will er ihn ,total' durchführen, das heißt ohne Flüssigkeit zu sich zu nehmen... Er verlangt Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, auch ausländische und ein Radio..."

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.1976

Nach 1368 tagen untersuchungshaft wurde das urteil vom märz 1976 rechts kräftig.

Am do., 23.9.1976 wurde ich „eingekleidet". die erste amtshandlung der anstaltsleitung köln: ich mußte schreibmaschine und sämtliche manuskripte „zur habe geben".

Nach antrag, angekündigtem durststreik und 1-tägigem hungerstreik bekam ich meine arbeitsmittel zurück.

Seit montag, 27.9.1976, wurden von der anstaltsleitung u.a. folgende drucksachen „wegen gefährdung von sicherheit und ordnung" „von der beförderung ausgeschlossen" und „zur habe genommen":

– die schweizer dokumentation „fuchs, du hast sie ganz gestohlen"
– ID, frankfurt vom 24.9.76;
– ,links', heft juli/august
– ,diskus', frankfurt, heft 3 und 4
– ,schwarzpeter', 3 hefte, schweiz

,links' und ,diskus' hatte ich schon einmal. die postkontrolle am landgericht düsseldorf hatte sie n i c h t beanstandet. wegen „gefährdung von sicherheit und ordnung" wurden in dieser woche ferner kassiert:

– meine autorenbelege der von mir selbst verfaßten bücher ,reden vor gericht', 1974, editora Queimada, und ,waffe der kritik', verlag freie gesellschaft, frankfurt.

die „nicht-weiterleitung" dieser schriften wiegt um so schwerer, als die manuskripte dazu unbeanstandet aus dem knast über die richtertische den verlag erreichten und teile der druckschriften (so etwa ein beanstandeter aufsatz aus ,waffe der kritik') unbeanstandet von der postkontrolle mich in der zelle erreicht hatten...

eine schriftstellerische und journalistische arbeit im knast, ohne mich wie es artikel 5 des grundgesetzes sagt, „aus allgemein zugänglichen quellen informieren" zu können, ja ohne meine eigenen arbeiten für korrektur, beantwortung von zuschriften, fortführung von diskussionen in der zelle haben zu dürfen, ist unmöglich.

gegen diese zensurmaßnahmen und für meinungs- und informationsfreiheit gehe ich am montag, den 11.oktober 1976, in den unbefristeten hunger- und kommunikationsstreik!

„wer ... die gewalt feigerweise erleidet, wirft seine menschheit hinweg." Friedrich von Schiller

KAMPF UM BILDER AN ZELLENWÄNDEN

FRANKFURT (ID)
7.Oktober

Im Zuge der zunehmenden Repression in den deutschen Gefängnissen hat das Hessische Justizministerium verboten, daß an den Zellenwänden Bilder angebracht werden. Ein Gefangener in Frankfurt hat sich dagegen gewehrt. Hier sein Brief :

„Am 2.6. ist ja der Kommandant von Butzbach, Künkeler erschossen worden. Das wurde zum Anlaß genommen, die Repression in den Haftanstalten noch weiter zu verstärken. Unter diesen verschiedenen neuen Maßnahmen befindet sich auch ein Verbot des Justizministeriums, an den Zellenwänden, Bilder, Plakate etc. anzubringen.

Wenn man weiß, wie die Zellen mit ihren nackten, häßlichen, dreckigen Wänden aussehen, kann man sich leicht vorstellen, daß dieser Erlaß ganz schön wehtut. Wie ich von Brüdern aus anderen Anstalten gehört habe, wird auch eifrig Jagd auf Bilder etc. gemacht.

Deshalb ist es sicher wichtig, wenn man mal ein Grundsatzurteile vom Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt veröffentlicht. Dieses Urteile habe ich im Mai 76 erwirkt, nachdem das Landgericht Frankfurt die Bilder auch verboten hatte.

Also das Urteil ist vom 12.5.76, 3.Strafsenat beim OLG Frankfurt, Aktenzeichen 3 Ws 255 und 256/76; dort wird unter anderem ausgef-ührt, daß es sicher mies ist, vor nackten Betonwänden zu sitzen und es wird gestattet, Bilder, in meinem Fall 5 Stück DIN A 4/3, an den Wänden zu befestigen, wenn dieBausubstanz nicht beschädigt wird, weder beim Anbringen noch beim Entfernen.

Da der Senat bei mir auf der Zelle war und man mein Befestigungssystem in Augenschein nahm, kann ich als OLG-gemäße Anbringung die Befestigung mit Tesafilm an den oberen Kanten der Bilder empfehlen. Aber nur oben festmachen, denn laut OLG muß eine Kontrolle möglich sein.

Ich meine, mit dem Beschluß ist das Problem Bilder gelöst und der Erlaß vom Justizministerium kann verbrannt werden. Bei uns haben alle die wollen, ihre Sachen an den Wänden, ab und an muckt zwar ein subalterner Bediensteter, aber man läßt das Zeug hängen.

P.S.: Derselbe Senat hat mir den Besitz einer Maultrommel verboten weil „die Gefahr besteht, daß damit Nachrichten übermittelt werden"!? !

ISOLATIONSHAFT IN BAYERN

MÜNCHEN (ID/LBATT)
7.Oktober

„Das bayerische Justizministerium widersprach in einer Erklärung den Ausführungen der Pohle-Anwälte Schily und Groenwold in Athen, wonach Pohle im Falle seiner Auslieferung in den bayerischen Strafanstalten mit großer Wahrscheinlichkeit wieder der "Isolationshaft" ausgesetzt und damit gesundheitlich geschädigt würde. Das Ministerium erklärte, Pohle würde wie jeder andere Strafgefangene behandelt." (SZ vom 25./26.9.76)

Einer dieser ,anderen Strafgefangenen" heißt Werner Waldhoff. Er sitzt in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim, in einer Zelle, die vor einigen Jahren speziell für ihn gebaut wurde. Das Fenster ist mit einem doppelten Gitter versehen, die Mauern wurden verstärkt, die normale Holztür durch eine zweite Tür aus Stahl abgesichert. Mit dieser Sonderausgabe von 50 000 Mark sollte Werner nach einem spektakulären Ausbruchsversuch aus der JVA Straubing der Justiz erhalten bleiben. Er saß bis zu seiner Entlassung im Jahre 75 in dieser Zelle.

Ende Juni dieses Jahres wurde Werner erneut verhaftet. Man wirft ihm vor, Zigaretten im Wert von ca. 5 000 DM enteignet zu haben. Beweise dafür gibt es nicht, man beruft sich vor allem auf seine Vorstrafe. Bei der Haftprüfung antwortete der Richter auf die Frage nach dem genauen Zeitpunkt der Tat, das wisse er nicht genau, aber wenn er einen Haftbefehl unterschreibe, dann hätte das schon seine Richtigkeit.

Werner wurde vom ersten Tage seiner Haft an in strenger Isolation gehalten. Keine Besuche, keine Post, keine Bücher. Der Richter Kuch vom Amtsgericht Nürnberg sah seine wesentlichste Aufgabe darin, die Anordnungen der Staatsanwaltschaft zu bestätigen. Aus ,Versehen' öffnete er sogar einmal die Post des Ver-

teidigers. Als er deswegen auf Grund einer Beschwerde des Anwalts von der nächsthöheren Instanz einen leichten Tadel einstekken mußte, bekam das Werner zu spüren.

Nun gehört Werner weder zur RAF noch zur Bewegung 2. Juni, er hat weder Bomben gebastelt noch Banken enteignet oder Waffen gekauft. Er ist das, was man allgemein einen „normalen Gefangenen" nennt. Aber er hat sich nie an die inhumane Welt des Strafvollzugs angepaßt, er hat sich gegen die Unterdrükkung und Ausbeutung im Knast zur Wehr gesetzt und darüber auch zahlreiche Bericht im ‚Neuen Forum' und anderen Zeitschriften verfaßt, die sehr eindrucksvoll die Isolationshaft und ihre Folgen beschreiben. Er wehrte sich auch diesmal wieder gegen die Isolationsmaßnahmen und versuchte zu fliehen.

Da erinnerte man sich, daß in Kaisheim noch immer die für ihn konstruierte Sonderzelle bestand und verlegte ihn erneut nach dort. Hier konnte Richter Kuch seine Isolationspraxis perfektionieren.

Werner darf die Zelle nur in Handschellen verlassen, er trägt sie beim Hofgang, beim Einkauf und beim Gang zum Anwalt. Zum Besuch trägt er sie nur deshalb nicht, weil er auch in Kaisheim keinen Besuch empfangen darf. Die Besuchsanträge seiner Verlobten und einer Bekannten werden abgelehnt.

Werner hat den Richter inzwischen wegen Amtsmißbrauch und Unterschlagung angezeigt, da sich unter der beschlagnahmten Post auch ein Brief seiner Verlobten mit Briefmarken befand. Man braucht wohl kaum noch zu erwähnen, daß ihm auch das ‚Blatt' vorenthalten wurde, allerdings wurde ihm die Begründung dafür, daß ‚das Blatt linksgerichtete Tendenzen enhält, subversive Hetz- und Trivialliteratur darstellt und somit die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt gefährdet' nur mündlich von einem Beamten übermittelt. Der Richter, der zu einer schriftlichen Begründung verpflichtet ist, schwieg auch diesmal. Wie die ‚Sicherheit und Ordnung' in der Anstalt von einem Gefangenen gefährdet werden könnte, der total isoliert wird, hätte auch Richter Kuch kaum begründen können.

Halten wir uns noch einmal vor Augen: Werner wird 23 Stunden am Tag in einer Spezialzelle total isoliert und eine Stunde in Handschellen gefesselt zum Hofgang geführt.

Er darf an keiner Gemeinschaftsveranstaltung teilnehmen, er darf keinen Besuch empfangen, er erhält keine Post, keine Bücher, keine Zeitschriften. Sein Fall straft alle Erklärungen der bundesdeutschen und bayerischen Justiz Lügen und widerlegt auch die Ausführungen des Amnesty International-Vertreters in Athen.

Wir rufen alle Leser auf, sich mit Werner zu solidarisieren und ihm massenweise Karten und Briefe zu schicken. Seine Adresse:

Werner Waldhoff, Hofgasse 40, JVA, 8851 Kaisheim.

Die Adresse des Richters, der für all diese Maßnahmen verantwortlich ist: Richter Kuch, Amtsgericht Nürnberg, Bärenschanzstraße 72 a, 8500 Nürnberg.

Kollektiv Rote Hilfe München.

BELEIDIGUNGSPROZESS GEGEN RECHTSANWALT SCHILY

WEST–BERLIN (ID)
7.Oktober

Der Westberliner Rechtsanwalt Otto Schily stellte Strafanzeige als am 30. November 1973 Katharina Hammerschmidt todkrank aus dem Gefängnis entlassen wird. Sie stirbt am 29.Juni 1975 an einem kindskopfgroßen Tumor im Brustraum zwischen den beiden Lungenflügeln. Das von Schily eingeleitete Strafverfahren „gegen die für das Unterlassen angemessener ärztlicher Versorgung meiner Mandantin während der Dauer der Untersuchungshaft verantwortlichen Personen wegen versuchter Tötung und unterlassener Hilfeleistung" wird von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Die Gefängnisärzte stellen ihrerseits Anzeige gegen Schily wegen falscher Anschuldigung und Beleidigung. So steht Schily jetzt selbst vor dem Moabiter Kriminalgericht und gleichzeitig auch 20 Gerichtsreferendare, die sich in einer Anzeige in der Berliner Zeitung ‚Tagesspiegel" namentlich solidarisiert hatten.

Im wesentlichen ging es am ersten Verhandlungstag im Verfahren gegen Schily um die von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebenen Gutachten der Professoren Krauland und Oeser zur Frage, ob den Anstaltsärzten ein strafrechtlicher Vorwurf wegen der Versorgung von K. Hammerschmidt zu machen sei. D eses Gutachten sollten nun gleichsam im „Gegen-Verfahren" gegen Rechtsanwalt Schily zur Grundlage der Hauptverhandlung gemacht werden.

Die Verteidiger, Prof. Wesel und Rechtsanwalt Jungfer, stellten zunächst einen Ablehnungsantrag gegen die Gutachter wegen Besorgnis der Befangenheit, weil :

1. In dem medizinischen Gutachten Feststellungen zur Schuld – frage der Ärzte getroffen würden;
2. Ein Vermerk des Anstaltsarztes Dr. Hiob über die von ihm durchgeführte Untersuchung der K. Hammerschmidt zum Gegenstand des Gutachtens gemacht wurde u.z. unter Weglassung der mitten auf diesem Vermerk durch Unterstreichung hervorgehobenen Bemerkung „nihilitis chronica" (soll wohl soviel heißen, wie: chronische Simulantin).
3. In dem Gutachten die Feststellung getroffen wird, daß zwar auf einer Röntgenaufnahme deutlich Verschattungen zu erkennen seien, dem Arzt aber zugute gehalten werden müsse, daß im Drange der ärztlichen Tätigkeit das Auge ermüde.

Daraufhin fühlte sich Prof. Oeser im wesentlichen persönlich beleidigt, weil seine außer Frage stehende Objektivität angezweifelt werde. - Während Prof. Krauland für sich das Recht in Anspruch nahm, bei derartigen „ Einmischungen der Verteidigung in medizinische Fragen" auch zu juristischen Schlußfolgerungen gelangen zu dürfen.

Der Staatsanwalt hatte für diesen fundierten Antrag lediglich zwei Sätze parat, nämlich, daß alles völlig aus der Luft gegriffen sei, weil ja immerhin zwei Staatsanwaltschaften (Landgericht und Kammergericht) das medizinische Gutachten geprüft und für gut befunden hätten. Im übrigen sei Prof. Krauland seit Jahrzehnten als „Rechts Mediziner" bekannt (was immer das auch heißen mag) und dürfe deshalb seine medizinischen Gutachten mit den dabei erworbenen Rechtskenntnissen anreiche .

Das Gericht hat den Befangenheitsantrag abgelehnt und lediglich in A ssicht gestellt, das Gutachten auf seine „ Güte"' zu prüfen und eventuell ein Obergutachten einzuholen.

Die 20 n der Anzeige namentlich genannten Gerichtsreferendare sind zunächst in 4 Gruppen aufgeteilt worden. - Bei den beiden Gruppen, die schon vor dem Schily-Verfahren terminiert waren, ist der Stand: Verfahren zunächst einmal bis nach dem Schily-Prozeß ausgesetzt.

Lediglich die Begründung ist unterschiedlich. - Nachdem beide Richter einen entsprechenden Antrag der Verteidiger abgelehnt hatten, erklärte sich die eine Richterin angesichts des Umfangs der zu erwartenden Anträge für den Wahrheitsbeweis sowie die Wahnehmung berechtigter Interessen schlichtweg für „überlastet ", während der andere Richter nach einem „Rechtsgespräch" außerhalb der Hauptverhandlung und den neuerlichen Beweisanträgen der Staatsanwaltschaft eine elegantere Lösung vorzog: Er nahm die urlaubsbedingte Abwesenheit von zwei Angeklagten zum Anlaß für die Aussetzung, denn - so die offizielle Begründung - zwei Angeklagte hätten in einer persönlichen Erklärung die Durchführung der Verfahren gegen sie gegeißelt und damit zu erkennen gegeben daß ihnen durchaus die Unterschrift unter die „Tagesspiegel"-Anzeige zuzutrauen sei. Damit - so jedenfalls die Logik des Richters - bestünde aber die Möglichkeit daß das Verfahren gegen die „Urlauber" abgetrennt werden müsse, wenn sich diese überhaupt nicht äußern sollten. Das müsse jedoch aus Gründen der Prozeßökonomie zunächst einmal abgewartet werden.

Wie stichhaltig diese Begründung ist, zeigt sich daran, daß der 3. Angeklagte, der vor Gericht erschienen war, im Gegensatz zu den anderen beiden Kollegen auch keine Erklärung zu irgendeiner Frage abgegeben hat. - Dann hätte der Richter aber - nach seiner eigenen Logik - das Verfahren zumindest gegen diesen Kollegen bereits abtrennen müssen. Daß er das aber nicht getan hat, zeigt deutlich den Charakter des Beschlusses und legt den Verdacht nahe, daß auch dieser Richter sich durch das Abwarten des Schily-Verfahrens einiges an „ Überlastung" sparen möchte.

ERKLÄRUNG VON RECHTSANWALT SCHILY

Schily gab vor dem Kriminalgericht eine Erklärung ab, aus der wir zitieren:

„ Ich habe nicht die Absicht, mich hier persönlich im Detail zu verteidigen, weil ich in die Versuchung käme -bei meiner stadtbekannten, von der Staatsanwaltschaft so sorgfältig ermittelten Neigung zu ‚gehässigen Wertungen''' -- im Rahmen meiner Verteidigung die Staatsanwaltschaft zu beleidigen. Um mich solchen Versuchungen nicht auszusetzen, verzichte ich auf eine Einlassung zur Sache.

Ich glaube aber, daß es notwendig ist, die politische Zielrichtung der gegen mich erhobenen Anklage deutlich zu machen. Dazu gehört es, auch die kleinen Begleitumstände ins Blickfeld zu rücken, beispielsweise, daß dieses Verfahren in dem Saal 701 stattfindet, der bekanntlich einer bestimmten Sorte von Verfahren in diesem Hause vorbehalten bleibt. Offenkundig wurde dieser Saal gewählt, um mich der Öffentlichkeit zu präsentieren als eine Art „geistiger Terrorist". Und es paßt in diese Szenerie, daß einer der Beamten, den ich auch aufgrund meiner langjährigen Verteidigertätigkeit in diesem Hause kenne, mir heute morgen den Zutritt zum Verhandlungssaal verwehren wollte, und erklärte, ich müsse mich erst einer Durchsuchung unterziehen, die sonst nach den hiesigen Gepflogenheiten Anwälten erspart bleibt. Aber offensichtlich meinte der Beamte nun, wenn ein solcher Prozeß durchgeführt wird und Schily ist Angeklagter, dann muß er auch eine Durchsuchung über sich ergehen lassen. Das ist ein Hinweis darauf, was eigentlich mit diesem Verfahren bezweckt wird.

....

Ich glaube, die Grundlage dieses Verfahrens ist der Wille, ein Exempel zu statuieren in der Weise, daß Kritik an der Ausübung der Staatsgewalt in den Haftanstalten gegenüber politischen Gefangenen unterbunden werden soll. Man könnte sagen, daß nicht das Delikt der Beleidigung, sondern - wenn vom wehrhaften Staat die Rede ist - eher das Delikt der „Wehrkraftzersetzung" angeklagt wird. Der Prozeß gegen mich findet statt in einer politischen Landschaft, in der sich häufen Übergriffe der Staatsgewalt auf der einen Seite und in der sich häufen auf der anderen Seite Maßnahmen des Staates, die Kritik an diesen Übergriffen zu verhindern.

(Es folgen Beispiele). . .

Für mich besteht kein Zweifel, daß mit der gegen mich erhobenen Anklage nicht ich allein getroffen werden soll. Natürlich mag selbst das eine Rolle gespielt haben, daß der politischen Staatsanwaltschaft nicht unangenehm ist, den Anwalt Schily als Angeklagte präsentieren zu können. Aber das ist sicherlich nicht der einzige - das wäre sehr vordergründig und nicht der ausschlaggebende - Faktor. Das Verfahren richtet sich gegen die politischen Verteidiger und gegen die Anwaltschaft überhaupt, die davon lebt, daß sie ihre anwaltschaftliche Tätigkeit in einer Atmosphäre der Meinungsfreiheit und rechtlichen Bewertungsfreiheit ausüben kann und sich nicht die Maßstäbe ihrer Tätigkeit von der Staatsanwaltschaft vorschreiben läßt. Für meine Person erkläre ich: ich werde mich durch solche Anklagen in keiner Weise einschüchtern lassen, da kann das Verfahren ausgehen wie es will. Ich spreche gewiß auch im Namen aller Kollegen, die in politischen Verfahren tätig sind: die Versuche der Staatsanwaltschaft, die Meinungsfreiheit der Anwälte einzuschränken und sie einzuschüchtern, sind zum Scheitern verurteilt. . . . ''

DIE WAHLVERWIRRUNG GING WEITER

FRANKFURT (ID)
4. Oktober

Kaum hatte sich die Verwirrung der Frankfurter Wähler wegen einer gefälschten Wahlbenachrichtigung vom Mittwoch, dem 29.9. gelegt (siehe ID 145), erreichte sie schon am Freitag das Dementi in Form einer ähnlichen Postkarte:

„Dringende Mitteilung an alle Wähler in Frankfurt:

Am 29.9.1976 wurden gefälschte Wahlbenachrichtigungen von verfassungsfeindlichen Kräften im Raum Frankfurt in großer Auflage in Umlauf gesetzt, wonach die Stimmabgabe zur Wahl zum 8. Deutschen Bundestag aus Sicherheitsgründen in den örtlichen Polizeirevieren erfolgen müsse.

Dies hat erhebliche Verunsicherung unter den wahlberechtigen Bürgern unserer Stadt ausgelöst.

Wir möchten Sie nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag ordnungsgemäß in den dafür vorgesehenen Wahllokalen stattfinden wird.

Ein ordnungsgemäßer Wahlablauf ist jedoch durch diese Störung zum vorgesehenen Termin in Frankfurt nun nicht mehr gesichert.

Das Statistische Amt und Wahlamt sieht sich daher — in Übereinstimmung mit der Hessischen Landesregierung und der Bundesregierung — gezwungen, die Wahl für die Bürger in Frankfurt auf Sonntag, den 10.10.1976 zu verschieben.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte Presse, Rundfunk, und Fernsehen.

Statistisches Amt und Wahlamt

Die Wahl fand in Frankfurt am Sonntag dennoch statt. Laut FAZ sollen am Wahlsonntag 24 Bürger in den Polizeirevieren vorgesprochen haben, um ihre Stimme abzugeben. Wieviel auf nächsten Sonntag warten, wird wohl nicht festzustellen sein....

VON TAG ZU TAG MEHR ANGST

VS–AMERY, FR–SCHÜTTE UND REGIS DEBRAY ZUR ZENSUR

FRANKFURT(ID/FR/Zeitdienst)
6. Oktober

Zur Zensur in der BRD (Durchsuchung linker Buchläden und Beschlagnahmen, u.a. in ID 145 143 pp) und zur Selbstzensur a la § 88a bei Luchterhand am Buch von Regis Debray (ID 140/141) hier eine Nachlese:

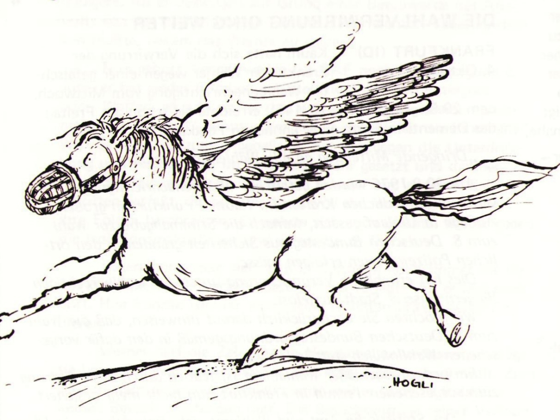
Carl Amery als Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier hatte sich zu Wort gemeldet, dessen Erklärung (hier in einem Auszug) Wolfram Schütte von der Frankfurter Rundschau zum Anlass einiger Überlegungen zum Stil und Tonfall genommen hat und schließlich Regis Debray, der während der Frankfurter Buchmesse anlässlich der Verleihung des Goldenen Maulkorbes an den Luchterhand Verlag eine Erklärung abgab(„...heute noch mehr Angst als vor zwei Tagen").

VS ZU ZENSUR – FÄLLEN

STUTTGART(FR)

Der Verbad deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier hat von Indizien gesprochen, die „darauf hinweisen, daß ein Klima geistiger Restriktion Platz zu greifen droht." In einer in Stuttgart veröffentlichten Erklärung werden drei Beispiele angeführt, in denen „linke Buchläden" durchsucht, ein Buch beschlagnahmt und in einem anderen einige Passagen gekürzt worden seien.

Der VS erklärte dazu: „Der Verband deutschter Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier macht sich nicht zum Sprecher terroristischer Anschläge und nicht zum Sprecher ihrer Befürwortung - doch zeigen die zitierten Fälle, daß der Argwohn der offiziellen Stellen sich gar nicht mehr auf Praxis oder Aufforderung, sondern bereits auf die Aufarbeitung historischen Materials richtet. Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier gibt zu bedenken, ob es im Sinne einer demokratischen Weiterentwicklung einer Gesellschaft sein kann, wenn zwar von rechts jede Form



der Darstellung kriegerischer Ereignisse, auch eine grlorifizierende Form, ungeahndet gelassen wird, andererseits aber jede linke radikale Systemkritik von vornherein mit dem Verdacht des Umsturzes behaftet wird. In einem solchen Klima ist schwer zu arbeiten.

Gez. Carl Amery (Vorsitzender des VS)."

TONFALL(FR) Stil und Tonfall der Erklärung, die der VS relativ spät zu drei unterschiedlichen, jedoch in der gemeinsamen (Zensur-)Sache verwandten Fällen abgegeben hat, nötigen zu einigen Überlegungen.

Der Verdacht drängt sich auf, der VS Vorstand sei bereits vom Klima der Angst und den Lähmungserscheinungen der Selbstzensur ergriffen, die zu beklagen er sich - möglicherweise schon zu spät für ihn selbst? - gerade erst anschickt.

Sonst hätte er sich nicht zu dem Rechtfertigungsritual verstiegen, die Öffentlichkeit vorweg darüber zu informieren, daß er keine Nachfolge - oder Sympatisantenorganisation der „RAF" oder des „2. Juni" ist. Erst danach sieht er sich in der Lage, nicht dem Übermut der Ämter, sondern dem „Argwohn der offiziellen Stellen" ins (nicht vorhandene) Gewissen zu reden. Statt von ihnen die Rückforderung und die strikte Einhaltung grundgesetzlich garantierter Rechte zu fordern, was einem Schriftstellerverband, der für die Freiheit des Wortes und der Gedanken eintritt, zustände - „gibt" er (den offiziellen Stellen) nur zu „bedenken, ob es im Sinne einer demokratischen Weiterentwicklung der Gesellschaft sein kann, " wenn die Justiz und Polizei - und ihnen vorbeugend: Verlage und Autoren - mit den § 88a und 111 (und 130a etc) weiterhin so verfahren wie geschehen; nämlich daß jeder Verstoß „von rechts" von der Justiz und Polizei „ungeahndet gelassen wird", hingegen aber jede „linke radikale Systemkritik von vornherein mit dem Verdacht des Umsturzes behaftet wird. ''

Es fehlt also die Ausgewogenheit in der Praxis der Zensur. Wie tot oder blind muß ein VS sein, wenn er nicht mehr weiß (oder nicht mehr wissen will), daß diese neuen Gesetze (wie der Radikalenerlaß) von Anfang an als ausschließliche Waffe gegen „die Linke" verabschiedet wurden, und daß sie, wie die bisherige Praxis zeigt, von Polizei und Justiz von Verlagen und Autoren zurecht so verstanden wurden?

Wenn jenen Sätzen, von deutschen Schriftstellern 1976 formuliert, Verstand innewohnt - den man allerdings bei ihrer Lektüre aus Scham und Zorn verlieren könnte - , dann gibt der VS in seiner Erklärung zu bedenken, ob es für die Weiterentwicklung der Zensur im Sinne einer demokratischen Gesellschaft nicht doch auch gelegentlich notwendig wäre, daß die Zensur ihr rechtes Auge nicht immer nur zudrückt; und er empfiehlt ihr (damit ihre bewußte Halbblindheit nicht gar zu deutlich erkennbar bleibt), das linke Auge auch bitteschön hin und wider zuzudrücken.

Im Stil, Ton (und Geist?) einer unterthänigsten Eingabe an die offiziellen Stellen und peinlich darauf bedacht, nicht deren Argwohn zu erregen, hat der VS keinen sehnlicheren Wunsch als eine gerechtere, umfassendere, differenziertere, subtilere und effektivere Zensur.

Der VS-Vorstand wird nun vielleicht sagen, das alles habe er mit seiner Erklärung nicht gemeint. Es ist aber viel schlimmer: der „Verband deutscher Schriftsteller" hat es so gesagt. WoS

REGIS DEBRAY (ZEITDIENST)

Regis Debray selbst hat auf der Pressekonferenz anläßlich der Verleihung des 'Goldenen Maulkorbs' eine Erklärung abgegeben:

„Ich spreche nicht Deutsch, ich lese nicht Deutsch, ich bin zum ersten Mal in Deutschland.

Als französischer Demokrat hat mir der deutsche Staat immer Angst gemacht. Wenn ich Deutscher wäre, würde mich dieser Zwischenfall sehr beunruhigen. Als Autor bin ich einfach konsterniert.

Als Deutscher wäre ich aus folgenden Gründen besorgt: Die großen Verbrechen fangen meistens mit kleinen Dummheiten an. Es gibt etwas schlimmeres als den Faschismus, nämlich ihn über sich ergehen zu lassen.

Wenn man eine Zensurmaßnahme durch eine Fußnote kenntlich macht, so verniedlicht man damit die Zensur. Es besteht die Gefahr, daß das nicht Normale, das nicht Alltägliche, zur normalen Erfahrung, zum Tagtäglichen wird.

Deswegen hatte ich gefordert, daß anstelle der chemischen Formel Zeilen frei bleiben sollten und in einer Fußnote erklärt werden sollte, warum diese Zeilen ausgesparrt wurden.

Daß man nicht so verfahren hat, habe ich erst gestern festgestellt.

Als französischer Demokrat muß ich gestehen. daß mir der deutsche Staat heute noch mehr Angst macht als vor zwei Tagen."

„HOECHST" -WERTE VON GIFTGAS VERTREIBEN BEWOHNER

KNAPSACK(ID) 6. Oktober In auffälliger Weise häuften sich in den letzten Jahren in Knapsack(Vorort von Köln) und Umgebung Krankheiten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das Austreten von großen Mengen Kohlenmonoxyd, Stickoxyden, Vinylchlorid, Chlor u.a. durch das dort ansässige Chemiewerk der Hoechst AG verursacht werden. Die meisten Menschen die dort wohnen, sind inzwischen weggezogen, die Häuser stehen heute leer, sind verfallen. In den Höfen türmt sich Gerümpel und Müll.

Um das Ausmaß der Umweltverschmutzung in diesem Gebiet genauer nachweisen zu können, machte ein Spezialwagen der Umweltschutzkommision der DKP 20 Tage lang umfangreiche Messungen im Werk und in der Umgebung. Schwerpunkte der Untersuchung waren die Industriestrasse in Knapsack, die Bergstrasse in Hürth und der Duffesbach in Hermülheim. Dabei wurden schon Werte gemessen, die lebensgefährlich sind: In der Nähe des PVC-Betriebs lagen die Werte des giftigen Vinylchlorid 228 mal höher als erlaubt. Schwefeldioxyd übertraf den in der „technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft" erlaubten Wert durchschnittlich um das 130 fache. Der gemessene Spitzenwert lag hier um das 14 fache über dem Wert, bei dem in Nordrheinwestfalen Smogalarm ausgelöst wird. Der Chlorgehalt im Duffesbach ist 100 mal höher als erlaubt.

Die Phosphinkonzentration ist 49 mal zu hoch.

Der Lärmpegel im Wohngebiet liegt am Tag um 100% und in der Nacht um 250% zu hoch.

Diese nüchtern klingenden Zahlen haben einen schrecklichen Hintergrund: Schwefeldioxyd löst Krebs und Erkrankungen der Atemwege aus. Es ist absehbar, daß Kinder, die in Knapsack und Umgebung solchen Konzentrationen ausgesetzt sind, unweigerlich schwere Dauerschäden davontragen werden. Hohe Vinylchloridwerte verursachen nachweislich Krebs,

lösen Anginosarkome (Bösartige, von den Blutgefäßen ausgehende Tumore), Erkrankungen der Leber, der Milz, des Magens sowie Schrumpfungen der Finger- und Handknochen aus.

Phosphin ist ein Zellgift, das in hohen Konzentrationen häufig zum Tod führt. Bei kontinuierlicher Aufnahme kleiner Konzentrationen treten Schädigungen von Leben, Niere und Herz auf. Wegen der hohen Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung ist bereits gegen die Verantwortlichen der Farbwerke Hoechst wegen Verstoss gegen mehrere Umweltschutzbestimmungen und wegen Körperverletzung bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden.

Der massive Giftregen, der jeden Tag über das Wohngebiet von Knapsack heruntergeht, vertreibt die Bevölkerung. Viele Mieter, Hausbesitzer und Geschäftsleute haben das Gebiet fluchtartig verlassen. Mit einigen Bewohnern, darunter viele Gastarbeiter haben wir gesprochen: Viele fürchten sich, dort wegzuziehen, weil sie neue hohe Mieten nicht zahlen können oder sich wegen des Umzugs verschulden müßten.

Die Zukunft von Knapsack ist ungewiß. Die Gemeinde will das Gebiet zuerst von Rhei Braun ausbeuten lassen. Anschließend soll eine neue Produktionsanlage für Insektenbekämpfungsmittel dort errichtet werden.

Makabrer Zufall als wir durch den Ort gingen, standen einige schwarz gekleidete Männer vor der einzigen noch geöffneten Kneipe Sie hatten gerade einen Kollegen (65 Jahre alt - Todesursache: Kehlkopfkrebs) zu Grabe getragen. Doch müssen wohl erst Giftkatatsrophe wie in Seveso geschehen, daß Ämter, Firmen, Politiker und Bürger die tödlichen Gefahren vor ihrer eigenen Nase riechen und sehen. (aus Kölner Volksblatt Nr. 10/Oktober 76)

WER SCHÜTZT DIE SÜDBADENER VOR ATOMKRAFTWERKEN IM ELSAß ?

FREIBURG(ID) 6. Oktober Das Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß soll in wenigen Wochen in Betrieb genommen werden. Dazu veröffentlichten die Bürgerinitiativen Südbadens folgende Presseerklärung:

„ Im Lauf der letzten drei Jahre wurde Regierungspräsident Dr. Person aus Freiburg wiederholt auf das Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß und auf seine Gefahren für die Bevölkerung Südbadens angesprochen. Fessenheim liegt weniger als 20 km Luftlinie von Freiburg entfernt.

Die deutschen Sicherheitsbestimmungen sind schon schlecht genug, aber die französischen Sicherheitsbestimmungen lassen es zu, daß das Atomkraftwerk nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert ist (obwohl genau gegenüber auf der deutschen Seite eine große Aufklärungsstaffel liegt), daß die Betonhülle der Reaktorkuppel um ein wesentliches geringer ist, daß mehr Radioaktivität abgegeben werden darf (Flußdurchlaufkühlung!) wo schon jede Dosis, wie klein sie auch ist, dem menschlichen Organismus schadet. Wir stellen dem Herrn Regierungspräsidenten Person zwei Fragen, die wir endlich einmal konkret beantwortet haben wollen. Die Zeit drängt, in wenigen Wochen soll Fessenheim in Betrieb gehen. Dieser Inbetriebnahme werden wir nicht tatenlos zusehen."

Der offene Brief an Person vom 2. Oktober hat folgenden Wortlaut: „Sehr geehrter Herr Person, schon zu wiederholten Malen haben Umweltschutzgruppen (namentlich aus den Reihen der Badisch-Elsäßischen Bürgerinitiativen) Sie aufgefordert, eine klare Stellungnahme gegen das Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß abzugeben. Konkret wurden Sie nie, Worte allein zählen nicht viel - besonders nicht vor den Wahlen. Die Inbetriebnahme der ersten Aufbaustufe des Atomkraftwerks Fessenheim soll demnächst erfolgen. Seit den Aktionen um ein Atomkraftwrek in Whyl müßten sie eigentlich langsam begreifen, daß Atomkraftwerke lebensgefährlich sind. Was tun Sie, um diese Gefahr für Leben und Gesundheit des Bürgers abzuwehren? Seveso hat uns gezeigt, wie schleppend ein Katastrophenschutz vonstatten geht. Erst als Vögel tot vom Himmel fielen, reagierten die Behörden. Herr Regierungspräsident wir fordern Sie hiermit auf, bis zum 10. Oktober 1976 folgende Fragen öffentlich zu beantworten:

Welche Schutzmöglichkeiten haben Sie für die deutsche Bevölkerung im Fall einer Katastrophe im Atomkraftwerk Fessenheim vorgesehen?

Was tun Sie, um die für die deutsche Seite in keiner Weise gelösten Haftungsfragenwegen Schäden aus Unfall oder „Normalbetrieb" des Atomkraftwerks Fessenheim zu klären(Gerichtsort Paris!)? Mit freundlichen Grüßen"

NEUE ZEITUNG: „UMWELT AKUT"

DARMSTADT(ID) 7. Oktober Am 1. September ist die „Umwelt akut", herausgegeben von den Bürgerinitiativen Umweltschutz des Rhein-Main-Neckar-Raumes, zum ersten Mal erschienen. Inzwischen liegt die zweite Nummer vom 1. Oktober vor. Es ist beabsichtigt, die Erscheinungsweise zum Ersten jeden Monats auch in Zukunft beizubehalten. Kurz ein paar wichtige Daten: Einzelpreis im Direktverkauf -,50 DM: Abo für 6 Nummern: 6,- DM einschließlich Porto; Die Zeitung ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt, zu dessen Herstellung keine Bleichmittel verwendet wurden und das gänzlich aus Altpapier besteht. (Übrigen allen Paper-Produzenten aus jeder umweltfreundlichen Ecke sehr zu empfehlen.)

Bestelladresse: Gerhard RÜTH, Nikolaiweg 9, 6100 Darmstadt.

DDT–GIFT–VERSTEIGERUNG

WIESBADEN (ID) 6.Oktober Das US-Department of Defense beabsichtigt, am 10.10.76 in Wiesbaden, Lindsay Air Station, 10.00 Uhr, über 10 000 Liter DDt-haltige Sprühmittel und ca. 800 kg DDT-haltiges Pulver mit einem DDT-Gehalt von insgesamt 11,30 kg zu versteigern. Die angebotenen Tanks und Kanister lagern in Livorno (Italien), in Fürth, Ansbach, Illesheim (alle Bayern), und in Gießen, - in Gießen allein ca. 6 Tonnen (6300 kg).

DDT hat sich schon vor Jahren als hochgiftiges Schädlingsbekämpfungsmittel erwiesen, das durch Anreicherung in der Nahrungskette auch vor den Menschen nicht haltmacht und vielfach zu Vergiftungen geführt hat.

Noch in den sechziger Jahren war in stolzen Expertisen von der absoluten Unbedenklichkeit des DDT für den menschlichen Organismus die Rede gewesen. Nach den ersten Skandalen mußte DDT jedoch aus dem Handel gezogen werden, und seine Anwendung ist heute praktisch verboten.

Nach der Verordnung über Anwendungsverbote und Beschränkungen für Pflanzenschutzmittel in der letzten Fassung von 1974 ist DDT nur noch in der Forstwirtschaft zur Bekämpfung bestimmter, genau benannter Käferarten und nur mit Genehmigung der zuständigen Landesbehörden zugelassen. Diese Verordnung wird noch voraussichtlich dieses Jahr dahingehend abgeändert, daß die Benutzung von DDT gänzlich verboten wird. Die amerikanische Regierung versucht also noch schnell vor dem vollständigen Verbot, ihr DDT auf deutschem Boden loszuwerden (in den USA ist DDT selbstverständlich schon lange verboten). Dabei ist schon jetzt jedes Inverkehrbringen von DDT, auch nur der Versuch, strafbar, es sei denn, das Mittel wird von der Forstwirtschaft gekauft.

Hier handelt es sich jedoch um eine a l l e n Interessenten zugängliche Versteigerung. So wurde das Versteigerungsangebot auch einem Mitglied der Bürgerinitiative Mainz-Wiesbaden zuge-

sandt, das in der Adressenkartei für Versteigerungen des Department of Defense (Verteidigungsministerium) geführt wird. Kaufinteressenten müssen dieser Institution zwar bestätigen, daß sie das Gesetz über den Verkehr r :DDT kennen und beachten werden, aber das entlastet die Verkäufer aus obengenannten Gründen nicht. Deshalb erstatten wir S t r a f a n z e i g e und beantragen die gesetzlich mögliche Beschlagnahme des zum Verkauf angebotenen DDT. Es muß nämlich verhindert werden, daß das Department of Defense seinen Dreck dann gewinnbringend in anderen europäischen Ländern, in denen weniger strenge Gesetze gelten, loszuschlagen versucht. Wie die amerikanische Regierung zum Umwelt- und Lebensschutz steht, wenn es nicht ums eigene Land geht, dafür sind die Entlaubungsaktionen mit TCDD-haltigen Herbiziden und die Massenvernichtung von Menschen in Vietnam Beispiel genug.

aus: „Umwelt akut", Nr. 2 Oktober 1976

BIBLIS UND SEVESO

DARMSTADT(ID)
6. Oktober

Am 1o. Juli 1976 hat sich in Seveso in Oberitalien eine der größten Industrie-Katastrophen Europas der letzten Jahrzehnte ereignet. Durch einen Defekt in einer Produktionsanlage der Firma Icmesa entwickelte sich die unvorstellbar giftige Substanz TCDD (sie wurde z.B. im Vietnamkrieg von den Amerikanern zur Entlaubung des Dschungels eingesetzt); Etwa 2 kg davon gelangten durch eine Explosion in die Umgebung und verteilten sich über das Land.

Es ist wichtig, diesen Unfall nicht isoliert zu sehen. Er ist ein typischer Großunfall mit der schweren Schädigung von vielen Menschen in einem größeren Gebiet. Die Vergiftung des Lebensraums durch eine giftige radioaktiv strahlende Wolke ist gerade auch die verheerende Auswirkung eines großen Atomkraftwerksunfalls.

Bei der Beschreibung des Giftunglücks von Seveso soll deshalb im folgenden immer wieder die Parallele zu einem Großunfall im Atomkraftwerk (Biblis und anderswo) gezogen werden.

SCHADEN AN LEBEN UND GESUNDHEIT

Das Gift TCDD ist geruchlos; deshalb wurde die Verseuchung erst bekannt als Vögel tot von den Bäumen fielen, Kaninchen verendeten und Pflanzen abstarben. Schon 5 Millionstel Gramm des Giftes pro Quadratmeter Weideland hatten das Eingehen von Kühen zur Folge. Insbesondere Kinder waren von verbrennungsartigen Hautausschlägen betroffen. Die allgemeinen, sehr häufig auftretenden Symptome waren Kopfschmerz und Übelkeit. Die eben genannten Beeinträchtigungen sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Viel gravierender sind die jetzt noch gar nicht abzusehbaren Spätfolgen: die langsame Vernichtung von lebenswichtigen Organen. Mit TCDD liegen in dieser Hinsicht einige wenige Erfahrungen vor

Bei der BASF in Ludwigshafen wurde 1963 bei einer Explosion in einer Fabrikhalle dieser Stoff freigesetzt. Das TCDD konnte in diesem Raum trotz fünfjährigem intensiven Bemühen nicht beseitigt werden. Ein Arbeiter der in jenem Raum fünf Jahre nach dem Unfall entgegen der Vorschrift mehrere Male die Gasmaske abnahm um sich den Schweiß abzuwischen, litt 4 Tage darauf an einer Hautentzündung an Kopfschmerz und an Hörstörungen. Später kamen noch Herzschmerzen dazu, und neun Monate danach erlag der Mann einer Entzündung der Bauchspeicheldrüse, die nach ärztlichem Befund mit höher Wahrscheinlichkeit auf die TCDD Vergiftung zurückzuführen ist.

Durch ein gleiches Unglück 1963 in Amsterdam bei Philips Duphar leiden von etwa 5o Betroffenen heute noch mindestens 1o an Hautkrankheiten, vier starben binnen zwei Jahren. Auch Inspekteure, die die Schäden nach dem Unglück untersuchten, wurden krank, obwohl sie Schutzkleidung trugen.

Eine andere schwere Bedrohung ist die Mißbildung von Ungeborenen. Da besonders in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft mit schweren Schädigungen gerechnet werden muß, sind die betroffenen Frauen aufgerufen worden, abtreiben zu lassen (etwa 20 Abtreibungen sind bis jetzt vorgenommen worden). Wegen der Langzeitwirkung des Gifts wird auch von einer Schwangerschaft in den nächsten drei Jahren dringend abgeraten.

Wie würde ein vergleichbarer Unfall in Biblis aussehen?

Die sich ausbreitende radioaktive Wolke hätte zwei Wirkungen: die direkte Strahlung und den „ fall out ", d.h. die Ablagerung von festen und gasförmigen radioaktiven Substanzen auf dem Erdboden. Wie in Seveso würden sowohl Sofortschäden als auch Spätfolgen auftreten. Abhängig von der erhaltenen Strahlenmenge reichen die Schäden von Übelkeit und Kopfschmerzen, Hautausschlägen und Hautverbrennungen, Hautkrebs schweren Schädigungen der Organe bis zum sofortigen Tod. Mittelschwere Verbrennungen haben durch die Organschädigungen langsames Siechtum zur Folge.

Bei einem Freiwerden von Plutonium ist mit einem gehäuften Auftreten von Lungenkrebs zu rechnen. Ähnlich wie TCDD sind schon unvorstellbar kleine Mengen von Plutonium wirksam. Schon wenige Millionstel Gramm die sich einem Staubteilchen in der Luft anlagern, und so in die Lunge gelangen, lösen dort Lungenkrebs aus.

Verheerend wie TCDD wirkt sich die Strahlung auch auf die Fortpflanzungsorgane der Menschen aus. Abnorme Veränderungen der Erbsubstanz und schwerer Mißbildungen bei Ungeborenen sind zu erwarten.

EIN TOTES LAND

Nach heutigen Erkenntnissen ist das TCDD nicht abzubauen. Es gibt Versuche, das TCDD mit UV-Licht zu weniger giftigen Substanzen zerfallen zu lassen, in größerem Umfang hat dies aber noch keinen Erfolg gebracht. Das Gift muß also, sofern dies überhaupt möglich ist, mechanisch völlig beseitigt werden (die TCDD- verseuchte Fabrikhalle der BASF mußte nach fünfjährigen vergeblichen Entgiftungsbemühungen abgerissen werden).

Ein 115 Hektar großes Gebiet in Seveso, die Zone A, ist total verseucht. Nach drei Jahren sollen a l l e G e b ä u d e u n d P f l a n z e n bei Temperaturen zwischen 800 und 1000 Grad verbrannt und der g e s a m t e Erdboden um mindestens 12 cm abgetragen und beseitigt werden.

Das angrenzende 205 Hektar große Gebiet, die Zone B, ist schwer verseucht. Die Pflanzen sollen wie in Zone A verbrannt werden, die Gebäude bleiben möglicherweise erhalten. Der Erdboden soll chemisch behandelt werden.

Die Menschen von Zone A und B (etwa 550) sind alle evakuiert. An eine Rückkehr ist nur bei einem Erfolg der Entgiftung zu rechnen, und mit diesem Erfolg ist nach heutigen Erkenntnissen nicht zu rechnen.

In den umliegenden Zonen ist der Grad der Verseuchung nicht geklärt. 4280 Menschen aus diesem Gebiet stehen unter ständiger ärztlicher Kontrolle da Spätschäden zu erwarten sind.

Wirtschaftlich ist diese Gegend ebenfalls schwer betroffen, da landwirtschaftliche Produkte aus diesem fruchtbaren Gebiet wegen ihrer möglichen Verseuchung kaum abzusetzen sind.

Die Parallelen zu Biblis liegen auf der Hand. Aus der strahlenden Wolke fällt radioaktiver Niederschlag aus und schlägt sich auf der Erde nieder. Das so verseuchte Land ist mit Zone A vergleichbar. Menschliches Leben ist in diesem Gebiet nicht mehr möglich, landwirtschaftliche Produkte und Wasser sind unbrauchbar. Der Unterschied zu Seveso ist, daß ungleich größere Gebiete in Mitleidenschaft gezogen würden, da die radioaktive Wolke Hunderte von Kilometern wandern (und strahlen) wird Außerdem können radioaktive Substanzen nicht abgebaut werden, wie das bei Chemikalien zum Teil noch möglich ist. Sie zerfallen mit ihren spezifischen Halbwertszeiten (siehe auch Umwelt akut Nr. 1, Seite 4), die aus physikalischen Gründen grundsätzlich nicht beeinflußt werden kann. Die Generation, die ein so verseuchtes Land verlassen muß, wird auf keinen Fall mehr zurückkehren können.

AUSSAGE VON BRIGITTE MOHNHAUPT (II)

STAMMHEIM (ID) 4. Oktober Im letzten ID haben wir begonnen, die Aussage von Brigitte Mohnhaupt vom 22. Juli 1976 im Stammheimer Prozeß abzudrucken — nicht zuletzt wegen der systematischen Verschweigepolitik. Nachfolgend der 2.Teil der Aussage:

Ich kann da noch ein Beispiel bringen: Es gibt die Geschichte in Berlin mit Edelgart Gräfer heißt sie glaub ich — jedenfalls Gräfer — die hat ein halbes Dutzend Leute hochgehen lassen. Sie hat Leute verraten, Wohnungen verraten und was passiert ist, was gemacht worden ist: sie hat nen Eimer Teer über die Fresse gekriegt und ein Schild um den Hals. Also ich mein, wenn so was bekannt ist, daß jemand, der Leute verraten hat — das heißt: er verrät sie und gibt sie praktisch zum Abschuß frei, denn das kann man ja nie wissen, wenn die Bullen in die Wohnung kommen wie das dann läuft — wenn der nen Eimer Teer übern Kopf kriegt, dann ist es umso absurder, anzunehmen, einer der niemanden verraten hat, könnte aufgrund ner bestimmten Situation, wo alles mögliche kulminiert, wie Müller das darstellt: Fahndung und was w eiß ich, Verhaftungen — könnte der so einfach abgeknallt werden. Das ist ausgeschlossen.

Und dann natürlich der Beweis, würde ich sagen, daß es nicht sein kann, ist, daß Siegfried das Kommando Holger Meins geführt hat. Es ist ausgeschlossen, daß er das sonst gekonnt hätte, gemacht hätte. Das ist einfach die Vermittlung, daß er das macht, selbst gemacht hat, die sagt genau das Richtige aus über die Struktur wie sie war. Ich glaube, das kann man auch gut begreifen. Wie soll er das machen können, wie soll er kämpfen können mit einer Geschichte, wie Müller sie behauptet.

Rechtsanwalt Temming:
Dann noch: der Zeuge der Anklage Müller hat auch behauptet, daß die hierarchische Struktur durch Andreas Baader angeführt worden wäre. Andreas Baader habe einen Führungsanspruch gehabt. Mich würde interessieren, gab es so was in der Gruppe? Und wie ist das Verhältnis in der Gruppe überhaupt zu Führung?

— Also wenn einer nen Führungsanspruch....

Bundesanwalt Zeis:
Ich meine, diese Sache mit dem hierarchischen Aufbau oder nicht, die war Gegenstand einer ausführlichen Erörterung der Zeugin am heutigen Vormittag....

— Jetzt ist es konkret...

Bundesanwalt Zeis:
...die Frage...

— Jetzt ist es konkret zu Andreas.

Zeis:
Sind sie doch mal ruhi , Frau Mohnhaupt, wenn ich spreche.

— Ach hören sie doch auf, hier rumzuquatschen, wirklich. 'Führungsanspruch' hast du gesagt, nicht... wenn einer nen Führungsanspruch gehabt hätte, dann hätte er sich nur lächerlich gemacht. Also ein Anspruch zu führen, das ist einfach nur lächerlich. Die Sache ist, wie sie war und wie wir das begriffen haben: daß Führung ne Funktion sein kann und in bestimmten Situationen auch sicher notwendig sein kann, zum Beispiel in Aktionen. So haben wir das bestimmt und natürlich hat Andreas die Funktion von Führung.

Einfach weil er nen unheimlich genauen Begriff von Situationen entwickeln kann und aus diesem Begriff, aus der Analyse von Situationen ne Taktik konzipieren kann, einen bestimmten Ablauf und so Linien festlegen kann, also die taktische Linie und die Strategie. Aber das ist einfach ne Sache, die niemals im Alleingang oder im einsamen Entschluß von einem stattfindet, sondern so ne Konzeption, wenn sie einer entwirft, ist natürlich der Diskussion von allen unterworfen, denn alle sind an der Praxis ja konkret beteiligt; also auch an der Linie. Sie müssen die Linie diskutieren, sie müssen sie begreifen, sie müssen sie weiterentwickeln, jeder muß sie bestimmen können in jeder Situation. Denn in bestimmten Situationen biste eben alleine und wenn du es da nicht begriffen hast — na ja, dann läuft nix mehr. Was Andreas gemacht hat, ist im Diskussionprozeß von allen festgelegt, genau bestimmt und weitergemacht worden und in dem Moment, wo es festgelegt war als Linie, in dem Moment war er natürlich dieser Linie genauso unterworfen bzw. an sie gebunden — aber nicht als Zwang, sondern einfach aus dem Begriff, daß es notwendig ist, daß es richtig ist, daß es die richtige Perspektive ist, ne richtige Taktik — wie jeder andere auch.

Da ist es dann auch völlig aufgehoben gewesen. d.h. Führung hat immer ne bestimmte Funktion und die ist natürlich für die, die sie benutzen wie für die, an denen sie hängenbleibt, nur erträglich, wenn sie keine Herrschaft ist, wenn sie völlig bestimmt ist über das, was alle wollen. Sowieso ist das Prinzip in der Organisation Freiwilligkeit, d.h. daß jeder das eben auch können muß und können will. Wir haben das Kaderlinie genannt: daß jeder dahin kommen muß, ob er nun lange in der RAF war oder nicht so lange, egal, also daß jeder genau dahin kommen muß, sowas selber zu können. D.h. nicht dieser Schwachsinn, den Müller behauptet hier mit offener Gruppe — also praktisch, daß alle an allen Arbeitsprozessen beteiligt sind. Das gibts nicht, aber es gehört zur Konstruktion seiner Aussage, weils bedeuten würde, daß jeder alles weiß und konkret eben, daß Müller alles weiß. Aber Müller weiß wenig, Müller war kein Kader. Das ist einfach nur seine Behauptung in dem bestimmten Zweck, den der Staatsschutz damit verfolgt.

Prinzing unterbricht: Gut, das ist ja jetzt eine Bewertung ...

— Nein, ich bin noch nicht fertig, moment mal ...

Prinzing: Bleiben Sie bitte bei den Tatsachen, die sie wissen und angeben können.

— Ja, das ist eine. Ich weiß, daß er kein Kader war.

Prinzing: Ja, das dürfen Sie sagen, bloß die übrige Bewertung. Ist die Frage damit ausreichend beantwortet, Herr Rechtsanwalt?

— Nein, ich bin noch nicht fertig ...

Prinzing: Ich weiß nicht, haben Sie denn für jede Frage hier schon ein vorbereitetes Konzept?

— Ich habe mir ... natürlich, ich habe mir überlegt, was ich hier sagen will, selbstverständlich.

Prinzing: Kannten Sie die Fragen, die sie gestellt bekommen?

— Na, woher soll ich die denn kennen?

Prinzing: Ja, wenn Sie schon ein Konzept dazu haben.

— Ich habe die Müller-Sachen gelesen in der Presse ...

Prinzing: Sie haben die Müller-Akten schon gelesen?

...die Müller-Sachen gelesen in der Presse, hören Sie doch zu. Und daran und an dem, was ich von Müller weiß und was ich aus der Diskussion, aus dem Info von ihm kenne usw., aus dem Sternartikel — da gibts ja einige Beispiele — habe ich mir die Punkte klargemacht. Die Punkte, wo er die Struktur der Gruppe so darstellt, wo ich sage: faschistisch, faschistische Bandenstruktur, die er darstellt — daran habe ich mir klargemacht, was ich in dieser Funktion hier als Zeuge dann sagen kann.
Also Kaderlinie, d.h. daß jeder dazu fähig sein muß, das selber zu können. Das ist konkret zu Führung natürlich: wenn jeder das selber können muß, dann heißt das einfach, daß es nie Herrschaft sein kann, daß es bestimmt ist als ne Funktion, die sich aber auch auflöst, auflösen kann in nem kollektiven Prozeß, in dem jeder dahin kommt, das zu können und das zu wissen. Das ist einfach auch ne Bedingung für Kontinuität, also wenn Kader verhaftet werden, daß dann nicht alles völlig orientierungslos dasitzt, sondern daß die Typen auch wirklich das selber bestimmen können, weiter entwickeln können, daß es keinen Bruch, keinen Einbruch gibt. Es ist Bedingung von Kontinuität und damit Bedingung der ganzen Politik, für die ganze Praxis. Wir haben dazu mal gesagt: Guerilla ist ne Hydra, d.h. sie kriegt immer neue Köpfe. Das ist das Ziel, daß es das wird. In der Diskussion im Info — die die Bundesanwaltschaft sicher hat, ganz sicher, also auch darüber Bescheid weiß, daß es Hierarchie nie gegeben hat — da waren die Sätze, die ganz genau ausdrücken was ich meine, ein Satz von Holger Meins, der hieß: ‚Kollektiv ist jeder'. Der meint genau das. Und einer von Ulrike, den sie

im Prozeß in Berlin sagte: ‚Der Guerilla ist die Gruppe'. D.h. jeder Einzelne bringt sich oder kommt in dem Prozeß von allen, in dem ganzen Lernprozeß, der das natürlich ständig ist: die Praxis, und überhaupt nur so lernt man, in dieser Praxis, also in dieser Konfrontation, weil sie eben zwingend ist, zwingend zu lernen, sich zu verändern — dahin: der Guerilla ist die Gruppe.

Laufburschen und Chefs, Führer und Untergebene — wie Müller sagt — ist der Antagonismus zu dieser Struktur, zu bewaffneter Politik, zu Guerilla — wie der Apparat, der diese Raster psychologischer Kriegsführung ausspuckt: der Staatsschutz.

Wir haben, was Führung für uns ist, mal so definiert: ‚Führung — was sie zu sein hätte: der konkrete Begriff der Situation und ihre Transzendierung: die Ziele und ihre Vermittlung in der Struktur der kämpfenden Gruppe' — d.h., was wir gelernt haben, ist, daß Führung in der Guerilla die dauernde Initiative ist, die Durchsetzung der Politik: bewaffneter proletarischer Politik.

Nicht ‚die Führung' konstituiert die Guerillagruppe, sondern sie entsteht überhaupt erst als ne Funktion, die gebraucht wird im Lern- und Arbeitsprozeß der Gruppe, der illegalen Gruppe — also aus aus ihrer Praxis und für sie.

Wenn es richtig läuft, bringt sie die Initiative und Erfahrung aller zusammen — es entwickelt sich ein kollektiver Prozeß, in dem Kontinuität und Handlungsfähigkeit entsteht. So kann das nur laufen. Und noch mal zu dem Satz zurück: der Kern drin ist das Verhältnis von Subjektivität und Objektivität; also von Wille und Notwendigkeit — daß das zusammenkommt, zum Punkt kommt in der Aktion. Nur so — das ist die Erfahrung — ist Subjektivität überhaupt möglich, bist du — der Typ, der kämpft — Subjekt, und wird das, was du bist und willst, der Sinndes Kampfes, wirklich. Es ist genau das, was wir so zusammenfassen: Freiheit ist nur möglich im Kampf um Befreiung.

Rechtsanwalt Temming:
Wie verhält sichs denn dann mit der Befehlsgewalt, die Andreas Baader angeblich nach der Aussage des Zeugen der Anklage, Müller, gehabt und ausgeübt haben soll. Er hat das Beispiel, glaub ich, des Schießbefehls gegeben, daß sich jedes Mitglied aus der RAF, im Falle der Verhaftung, mit Waffengewalt zu wehren hat.

— Naja, also ich werde jetzt mal die Antwort in zwei Sachen teilen: Einmal das Verhältnis, die Bestimmung, die die Gruppe zu Befehl hatte, wie sie das definiert hat — und es war auch ein Prozeß, das zu definieren: Befehl — was das ist, was wir fürn Verhältnis dazu haben. Und dann eben konkret zum Schießbefehl.

Ich will erst mal was zu Befehl allgemein sagen:
und zwar haben wir es so gesehn, daß Befehl der kollektive Beschluß ist in der Phase der Durchführung. Also in der Aktion gibts Befehle einfach: das ist ne militärische Notwendigkeit, das ist auch richtig, das ist funktional. Und eben weils funktional ist, hat es nichts mit Zwang zu tun, denn die Aktion ist ja ein kollektiver Beschluß, sie ist vorher durchgesprochen, bestimmt von allen, begriffen von allen, die jeweiligen Jobs, diejeder darin hat. Und Befehl ist dann eigentlich nur noch Koordination.

Das ist das eine. Und das andere ist diese Befehlsgewalt. Dieses ganze Bild, das Müller da entwirft ist: Andreas der Boß mit der absoluten Gewalt... also z.B. der Schießbefehl in Müllers Aussage — da würd ich einfach sagen, das ist klar das Destillat der psychologischen Kriegsführung seit 70, die behauptet, die Mitglieder der RAF hätten Schießbefehl gehabt. Obwohl die RAF einigermaßen viel dazu gesagt hat. Genau dazu, zu diesem Punkt. Aber ich mach das nochmal genauer. Das taucht auf in den Medien seit Hamburg, als Petra Schelm erschossen wurde: Schießbefehl, also Kanonenfutter, Menschenmaterial, das an die Front geschickt wird von irgendwelchen Leuten im Hintergrund — das ist genau die Konstruktion daran, und Müller ...

Prinzing:
Sie sollten jetzt über die Befehlsgewalt befragt werden durch ...

— Ich rede jetzt ...

Prinzing:
... den Herrn Verteidiger. Das, was Sie hier ausführen, hat nun wirklich nichts mehr mit der Frage zu tun.

— Ja, da bin ich anderer Ansicht. Ich rede jetzt über den Schießbefehl. Tatsächlich ist es so, daß Müller natürlich weiß, daß es keinen Schießbefehl gegeben hat: er hatte keinen, wie keiner von uns einen hatte. Und warum er das behauptet — genau dazu habe ich das gesagt, was hier als „ nicht zur Sache gehörig " bezeichnet wird — eben als das Destillat der psychologischen Kriegsführung, das in dieser Aussage verifiziert werden soll, daß es doch so gewesen sein soll, genau zu dem Zweck, die Wirkung der Gruppe kaputtzumachen.

Rechtsanwalt Heldmann:
Frau Mohnhaupt, haben Sie Ihre heutige Aussage mit Herrn Baader abgesprochen?

— Ich hab mit ihm darüber geredet und sowieso mit allen — d.h. wir haben darüber geredet, ob es überhaupt richtig ist, hier hin zu gehen als Zeuge, weil natürlich klar ist, daß alles, was man hier sagt, auch sofort verwendet wird, um irgendwas zu zimmern, zusammenzuschustern, neue Anklagen oder was weiß ich. Ich fands dann richtig, es zu machen, hier runter zu gehen; wir fanden es alle richtig, einfach, genau um diesen ganzen Behauptungen der psychologischen Kriegsführungentgegenzusetzen, wies wirklich war. Das ist die Funktion, die das hat, daßwir hier sind. Und das halten wir auch für notwendig.

Ansonsten — wir haben da nie weiter drüber gequatscht, hat auch niemand Lust dazu gehabt. Müller ist sicherlich kein Kommunikationsthema für uns.

Rechtsanwalt Heldmann:
Müller hat als Zeuge hier angegeben, die Struktur der Roten Armee Fraktion sei die gewesen: Baader, der führende Kopf, dann gab es Kernmitglieder, dann gab es einfache Mitglieder, und dann gab es Randmitglieder. Können Sie diese Behauptungen bestätigen?

— Ja, dazu hab ich gesagt, wie wir es genannt haben, was eben Sache ist: viele Köpfe und dazu die Kaderlinie, wie wir sie entwickelt haben. Wie sie entwickelt worden ist in dem ganzen Prozeß. Das war das Ziel, und es war in den meisten Gruppen, die lange genug zusammen waren, auch so.

Die Sache mit Randmitgliedern usw., was man dazu sagen kann ist, daß es natürlich Kontakte gegeben hat zu Leuten, die nicht voll in die Gruppe integriert waren. Das ist aber einfach ne richtige Sache, weil die RAF schließlich ne militärische Organisation ist, d.h. kein Haufen, der irgendwie in der Gegend sitzt, sondern ihre Kontakte sind bestimmt nach Funktionen, nach politischen und operativen Kriterien, also z.B. — na das gehört hier einfach dazu: du siehst da auch den Quatsch in der Behauptung ‚offfene Gruppe' ganz deutlich nochmal.

Genausowenig wie jeder alle Informationen hatte oder jeder an allen Arbeitsprozessen beteiligt war — natürlich nicht, oder jeder alles wissen mußte — selbstverständlich nicht. Jeder hatte die Informationen, die notwendig waren für ihn, um das, was er gemacht hat, machen zu können. D.h., es war funktional bestimmt. Was anderes zu machen, ist Idiotie, überhaupt nicht Sache, und jeder hat genau den Begriff davon gehabt, warum es nicht notwendig ist. — Aber es gibt ne vollkommen offene Diskussion in den Gruppen und zwischen den Gruppen über die Strategie und Taktik und auch die Theorie und Analyse, wie sie sich entwickelt, und natürlich, klar, über die Prinzipien der Organisation. Das ist ein offener, kollektiver Prozeß von allen, die kämpfen. — Es ist richtig, wenn ich konkret nur das weiß, was mich unmittelbar betrifft, weil man natürlich damit rechnen muß, wenn man gefangengenommen wird, daß es Verräter geben kann, daß sie erpreßt werden, gefoltert werden. Wir wußten das, und es ist einfach ne Bedingung für ne illegale militärische Organisation, sich so zu verhalten, wies nötig ist, wie die Bedingungen sind. Sonst wärs ein Haufen Idioten. Für ne Gruppe, die kämpfen will, würde dieser Quatsch ‚offene Gruppe' bedeuten, daß sie nie dazukommt, weil sie sich wie Ignoranten verhalten, wie Leute, die gar nicht wissen, was sie da machen.

Offen ist ne sehr gute Sache, offene Diskussionen, offene, ehrliche Beziehungen — und so läufts auch, aber nie in Bezug auf die militärischen Details: d.h. die politische Struktur ist offen, kollektivistisch und es gibt auch in den Kommandos nen kollektiven Arbeitsstil, aber die Frage der militärischen Details, Kontakte usw. läuft streng funktional, konspirativ. ...

Prinzing (unterbricht)–
Ja, es geht jetzt nicht darum, was der Begriff ‚offen' mit sich bringt. Ich glaube, die Frage, Herr Heldmann, beim dritten Anlauf ist jetzt wiederholt dargestellt ...

–... Offene Gruppe – also als Organisationsprinzip einer illegalen Gruppe – ist das einfach ne dumme Denunziation, so würd ich das sagen.

Rechtsanwalt Heldmann:
Gab es Mitglieder, die über andere Mitglieder eine Kontrolle ausgeübt haben, das heißt also, eine Kontrollfunkiton innerhalb der Gruppe oder einer Gruppe besaßen?

– Wie Kontrollfunktion, das versteh ich nicht ganz.

Rechtsanwalt Heldmann;
Das kann ich auch nicht ganz sagen. Ich halte Ihnen vor aus Blatt 10221 des Hauptverhandlungsprotokolls, nämlich die Aussage Müller: „Außerdem haben eben diese Kernmitglieder, diese führenden Mitglieder eben dauernd eine Kontrolle ausgeübt." Und das Beispiel: „Also angenommen, jemand von diesen Leuten war in Stuttgart, dann hat er laufend – also ein sogenanntes Kernmitglied, wie Herr Müller es ausgedrückt hat – dann hat er laufend in Berlin angerufen, ob die Leute alle funken, wie sie sollen."

– Also anrufen – das Beispiel spricht eigentlich für sich selber. Information ist einfach ne Bedingung, um handeln zu könen, um überhaupt die Situation bestimmen zu können und das läuft natürlich auch untereinander, unter den einzelnen Gruppen sowieso ganz klar, weil es ne notwendige Sache ist, um eingreifen zu können an bestimmten Punkten, daß man Bescheid weiß, was in anderen Städten läuft. Und wenn die in Stuttgart in Berlin anrufen, ist das völlig richtig, ganz normal, das hat jeder x-mal am Tag gemacht, wenn was zusammen lief oder koordiniert werden mußte. Da von Kontrolle zu reden, zeigt wirklich nur die ganze Dämlichkeit dieser Aussage.

Rechtsanwalt Heldmann:
Gibt oder gab es Rechtsanwälte als Mitglieder der RAF?

– Also Rechtsanwälte als Mitglieder der RAF – das ist ungefähr dasselbe, kann man eigentlich nur unheimlich lachen. Denn unser Verhältnis zu Rechtsanwälten ist distanziert. Rechtsanwälte sind Rechtsanwälte, und als Rechtsanwälte sind sie keine RAF-Mitglieder. Und ganz sicher wollen wir auch keine Rechtsanwälte in der RAF haben oder hatten je welche. Das ist ein Widerspruch in sich selber. Jemand der Rechtsanwalt ist, der will kein RAF-Mitglied sein, sonst wär er kein Rechtsanwalt mehr. Da muß der wirklich totale Bruch laufen mit dem Job. Anwälte sind Teil der Justiz, auch wenn sie kritisch sind. So sieht das aus. Und unser Verhältnis zu den Anwälten, das war und ist – es ist sehr komisch – und Scheiße, ich hab auch eigentlich wenig Lust, da genauer drüber zu reden, eben weils so ermüdend ist, nach so vielen Jahren immer dasselbe – weil diese Typen meistens immer wieder obskure private Interessen haben und Angst, die politisch rationalisiert wird. Na, die meisten versuchen, den Gefangen den Daumen aufs Auge zu setzen – also ein dauernder Ärger.

(Fortsetzung in der nächsten Nr.)

INTERNATIONALES

FORD DAGENHAM: STREIKS FÜR VOLLEN LOHN, AUCH WENN DIE ARBEIT SCHON MAL AUSFÄLLT

LONDON(ID)
5. Oktober

In der Nacht, in der Ford geplant hatte, das neue Modell „Cortina" einzuführen (29. September), gab es einen Aufstand im Karosseriewerk. Die Arbeiter schlugen die Management-Kantine in Klump. Der Grund: Die Geschäftsleitung hatte die Arbeiter mitten in der Nacht nach Hause geschickt nachdem die Produktion gestoppt war, weil die Türeinhänger wegen der mangelnden Arbeitssicherheit gestreikt hatten. Als die Nachtschichtarbeiter auf diese Weise ausgesperrt waren, fuhr kein öffentliches Verkehrsmittel mehr; außerdem sollten sie für die ausgefallene Arbeitszeit keinen Pfennig Lohn bekommen. (Die jetzige Regelung ist: die Arbeiter bekommen 80% des Lohns, wenn die Arbeit wegen Streiks oder Nachschubmangel außerhalb des Betreibs ausfällt. Gibt es aber einen Arbeitskonflikt innerhalb des Betriebs, dann bekommen die Arbeiter nichts für die ausgefallenen Stunden.)

Die Nachtschichtarbeiter hielten noch in der Nacht eine Versammlung ab; währenddessen entwickelten sich aus ihrer Wut die Unruhen; als die Polizei den Betrieb zu betreten versuchte, wurde sie mit Glasscherben und Wasserschläuchen begrüßt. Am 30. September stellten die Nachtschichtarbeiter Streikposten auf, blieben aber nicht im Werk. Die Tagschicht kam, hielt eine Versammlung ab und entschied, normal weiterzuarbeiten. (Eine Erklärung dafür ist, daß die Nachtschicht in den vorhergehenden Wochen laufend einen Tag pro Woche auf diese Weise „ausgesperrt" worden waren, die Tagschicht aber nicht.) Am 31. beschloss die Nachtschicht, eine Woche zu streiken (bis 6.10.). Angebot der Geschäftsleitung: Keiner wird mehr nach 23⁰⁰ nach Hause geschickt; und: keine Änderungen im Arbeitsablauf während der Nachtschicht (die gewerkschaftlichen Vertrauensleute usw. sind nämlich meist bei der Tagschicht). Dieses Angebot wurde ausgelacht und abgelehnt, die Atmosphäre in der Versammlung war sehr gut, man sah viele Black Power Fäuste. Die Forderung wurde gestellt: GARANTIERTER LOHN - Bezahlung für acht Stunden egal ob Arbeit da ist oder nicht. Die Gewerkschaften mußten sich dahinter stellen. Zur Zeit wird verhandelt, aber bislang ohne Resultat.

Am 4. Oktober streikten 4 (!) Schweißer von der Tagschicht wegen ihrer Einstufung. Sie legten das gesamte Karosserie- und Montagewerk lahm. Auf jeden Fall will es Ford nicht gelingen, eine volle Tagesproduktion seinem neuen Modell herauszuschinden. Die Arbeiter von Ford Dagenham, die schon im letzten Jahr den „Social Contract" zwischen Gewerkschaften und Labour Regierung durch acht Wochen Streik gebrochen hatten, kämpfen genau in dem Augenblick, wo das Pfund auf dem niedrigsten Kurs seiner Geschichte angekommen ist. Die Unruhen bei Ford hängen mit denen im Londoner Stadtteil Notting Hill zusammen. Die Arbeiter in Dagenham oder Freunde und Bekannte von ihnen, waren dabei gewesen. Die Belegschaft der Karosserie- und Montagewerke bei Ford (Tag- und Nachtschicht!) besteht zu zwei dritteln aus schwarzen, westindischen und asiatischen Arbeitern (unter den weißen sind viele aus Schottland und Nordengland einige aus Portugal und Spanien). Die Geschäftsleitung hat inzwischen 22 Arbeitern als „Rädelsführern" disziplinarische Maßnahemn angedroht. Einige sollen entlassen werden, andere Strafurlaub bekommen. Inzwischen gibt es laufend weitere Arbeitskonflikte bei Ford in dem anderen Londoner Werk und in Liverpool. Außerdem steht der Tarifvertrag zur Neuverhandlung an. Die Unruhen in Dagenham können in dieser Situation eine wichtige Rolle spielen.

STREIKERGEBNIS: LEICHTLOHNGRUPPEN GIBTS NICHT MEHR

KOPENHAGEN (ID)
20. September

Mit 684 Ja-Stimmen, 257 Nein-Stimmen und 34 Enthaltungen beschlossen die Arbeitenden bei der Königlich-Dänischen

Porzellanmanufaktur, den Streik zu beenden. (ID 140/141 u. 143)

Die wesentlichen Ergebnisse: nach einer Betriebszugehörigkeit von eineinhalb Jahren (bisher: 3 Jahren) kann die Wahl getroffen werden zwischen Akkord und Stundenlohn. Bei Akkordlohn ist der Grundlohn von vorher 15 Kronen auf 22 Kronen erhöht worden. Die Leichtlohngruppen sind abgeschafft.

Der Stundenlohn beträgt jetzt 30,50 Kronen. (Die Forderung bei Streikbeginn war 31,50 Kronen). Von den drei Hauptabteilungen des Betriebs kommt im wesentlichen nur eine zu mehr Geld: die 200 Porzellanmalerinnen. Daß der Streik unter diesen Bedingungen überhaupt zustande kam und über mehrere Monate geschlossen weitergeführt wurde, macht ihn so bedeutsam.

Nach wie vor produzieren die Porzellanmalerinnen noch Pappteller mit den Mustern der „Königlich-Dänischen" und verkaufen sie für den Solidaritätsfonds. Noch in der letzten Woche waren Bestellungen für ca. 9.000 Stück anzufertigen.

Das Geld werden die Arbeitenden mit Sicherheit gebrauchen können, denn das Bußgeld über vier Millionen Kronen ist bisher nicht zurückgenommen worden.

KAMPAGNE GEGEN DIE TODESURTEILE IN IRLAND

OBERURSEL (ID) 5.Oktober

Am 9.Juni dieses Jahres wurde in Dublin in der Republik Irland das junge Ehepaar Marie und Noel Murray zum Tode durch Erhängen verurteilt. Sie sollen das Jahr zuvor einen Polizisten erschossen haben. (siehe ID Nr. 132, 144)

Mit der Vollstreckung der Urteile muß nach deren Überprüfung durch den Obersten Gerichtshof am 1.November gerechnet werden. Um die Proteste gegen die Todesurteile zu konzentrieren, hat das Murray Defence Comitee den 8. und 20.Oktober zu Tagen des Internationalen Protestes erklärt.

Da in Irland nahezu jede Woche durch Verhaftungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen die Arbeit des Murray-Komitees behindert wird, ist weiterhin jede internationale Durchbrechung des Schweigens von größter Bedeutung. Für die politische Verteidigung und die Arbeit des Komitees fehlt Geld. Spenden an: Postscheckkonto Nr. 29101-604, Frankfurt, Internees Release Association, Kennwort ‚Murrays".

Mitte Oktober veranstaltet das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee in der Frankfurter Universität eine Protestveranstaltung für die Murrays. Es spricht dort unter anderem John McGuffin, (Belfast), Autor der bekannten Bücher ‚Interment' und ‚Guineapigs'.

STATT DER NAMEN DER FOLTERER ZWEI WEISSE SEITEN

DUBLIN (ID) 6. Oktober

Der neueste Fall von Pressezensur in der Republik Irland unterstreicht die Kollaborationstaktik der südirischen Regierung mit der britischen Besatzungsmacht im Norden: in der letzten Ausgabe der liberalen Zeitung „Hibernia" (erscheint alle 14 Tage) sollte ein zwei Seiten langer Artikel über die Verhandlung der Folteranklage gegen die britische Armee und die nordirische Polizei vor der Straßburger Menschenrechtskonvention erscheinen. Was seit Jahren jeder weiß, war in Straßburg offiziell bestätigt worden: Briten und nordirische Polizei foltern in Irland. Die Leute von ‚Hibernia" hatten sorgfältig recherchiert und die Folterer beim Namen genannt. Doch statt der Namen der Folterer gabs zwei weiße Seiten und für den verdutzten Leser folgende Erklärung:

„Aus Sorge vor möglichen Anzeigen hat es die Druckerei (die Hibernia wird im Auftrag gedruckt) auf Anraten ihrer Rechtsberater abgelehnt, den Artikel zu drucken."

Schon seit Anfang Juni ist es der nationalen Presse unter Strafverfolgungsdrohungen verboten, über Sondergerichtspraxis und die Verhängung der Todesurteile gegen Noel und Marie Murray zu schreiben. Die Tageszeitung „Irish Times" und die „Hibernia" hatten es trotzdem gewagt, kritische Kommentare und wenige Leserbriefe zu drucken. Gegen Redaktion und Journalisten laufen Strafverfahren.





Titelblatt der Hibernia

ISOLATIONSHAFT IM KZ LONG KESH

BELFAST (ID) 6. Oktober

Seit dem 31. März des Jahres gibt es für Kriegsgefangene in Irland keinen politischen Status mehr. Jeder, der nach diesem Datum verurteilt wird, gilt als Krimineller. Das bedeutet Einzelzelle, Gefängniskleidung, erheblich eingeschränkte Besuchsrechte, keine Lebensmittelpakete, keine Bücher und Zeitschriften sowie Zwang zur Knastarbeit.

Ende September mußten die ersten Verurteilten in Einzelzellen einziehen, die seit Monaten sukzessive im 1.500-Mann-Lager Long Kesh bei Belfast gebaut werden. Wie schon immer in der Geschichte ihrer Verfolgung verweigern auch diese Gefangenen die Anerkennung britischen „Rechts" und die damit verbundenen Zwangsbedingungen. „Sie werden uns die Knastklamotten annageln müssen" war die Schlagzeile in der letzten Ausgabe der Republican News. Die Gefangenen liegen nackt in ihren Einzelzellen, ohne Umschluß und Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen.

In den fünfziger Jahren haben republikanische Gefangene ihren Protest acht Jahre ausgehalten – bis Sean McCaughey 1946 an den Folgen eines Hunger- und Durststreiks gestorben ist.

DER NUKLEARE KATASTROPHENPLAN „ORSEC-RAD"

MALVILLE (LIBE/ID) 27. September — Nachdem man sich in der Woche nach der der Aktion des KKW-Nein-Kommandos (siehe ID 145) bei den verschiedenen Behörden des Départements Isère den Schwarzen Peter der Veröffentlichung des Plans „Orsev-Rad" hin — und hergeschoben hatte, erhielten am Freitagabend, dem 24.9. bei einer Pressekonferenz der Tageszeitung „Rouge" alle Zeitungen ein Exemplar dieses Plans.

Die Behörden hatten bisher jegliche Gefahr eines ernsten Zwischenfalls bei KKWs verneint. Dennoch existiert ein offizieller Plan, der gerade jene Folgen einer Katastrophe untersucht, die schon von der KKW-Nein-Bewegung offengelegt wurden. In dem jetzt veröffentlichten Plan heißt es: „Die Gefahren, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist, unterscheiden sich sehr von denjenigen, denen sich die Behörden gegenübersehen. Die Gefahren können einen so beachtlichen Umfang annehmen, daß man einen Sicherheits- und Schutzplan entwerfen muß, der für ein Gebiet von mehreren Departements Gültigkeit haben muß."

Der Plan beschreibt also die Vorgehensweise einer im wesentlichen militärisch-hierarchischen Intervention, bei der größere Bevölkerungsteile kontrolliert werden können: der Präfekt soll das Ministerium benachrichtigen, dies wiederum informiert den Präfekten des Katastrophengebietes, woraufhin jener die Armee einschaltet. Zur gleichen Zeit benachrichtigt der Präfekt die Gendarmerie, diese die medizinische Versorgung. Die Polizei ist natürlich inzwischen längst auf dem Laufenden.

Der Plan wird durch den Alarm eines Augenzeugen ausgelöst. Daraufhin müssen die gefährdeten Gebiete eingegrenzt werden: „Eine unmittelbare Gefahrenzone („zone d'insecurite") und ein Kontrollgebiet, zone d'controle"). Die unmittelbare Gefahrenzone ist jene, wo der Schutz der Bevölkerung (Deckungssuche, Evakuierung) unabhängig von den zutreffenden Maßnahmen für das Kontrollgebiet ausgeführt werden muß. Im Kontrollgebiet werden radioaktive Untersuchungen durchgeführt, die Prüfung einer eventuellen Verseuchung von gewissen Produkten, was wiederum zu Konsum- und Transportverboten führen kann..."

Für die unmittelbare Gefahrenzone schreibt der Plan vor: „Die Bevölkerung und das Vieh muß in Sicherheit gebracht werden. Man sollte sich des Konsums von möglicherweise verseuchten Lebensmitteln enthalten."

Das gleiche Verbot gilt der Wasserversorgung. Hier sollte man sich des Wassergenusses aus nicht geschützten Wasservorräten und Flußläufen enthalten. Die Einwohner könnten ferner darauf hingewiesen werden, im Falle einer möglichen Evakuierung, Bekleidung und Wäsche zum Wechseln in doppelter Verpackung, so wasserdicht wie möglich und gut verschlossen, zurechtzulegen. Nach diesen Maßnahmen sieht der Plan eine zweite Phase vor: „Aus Gründen der Gefahr radioaktiver Bestrahlung oder Verseuchung, wird die Evakuierung partiellen oder totalen Charakter haben und im letzteren Fall mehr oder weniger schnell, je nach der Intensität der Radioaktivität, vorgenommen werden."

Die unmittelbare Gefahrenzone könnte von der Außenwelt abgeschnitten werden, der Verkehr auf ein Minimum reduziert, die Züge umgeleiet und die Landwirtschaftlichen Produkte bis auf neue Weisung nicht geerntet werden. Die Evakuierung der Bevölkerung ist folgendermaßen vorgesehen: „Ein Ordnungsdienst, der die Evakuierungsaktion regelt, wird erstellt. Evakuierung der Bevölkerung zu einem oder mehreren Durchgangslagern, von wo aus sie fortgesetzt wird: eine namentliche Kontrolle der evakuierten Personen im Hinblick auf eine eventuelle spätere medizinische Überwachung. Die Aufspürung der Verseuchung und die Desinfizierung der Menschen, des Gepäcks, der Fahrzeuge und eventuell der Tiere. Die als verseucht erkannten Personen oder Fahrzeuge werden an einem oder mehreren Sammelpunkten zusammengebracht, wo Maßnahmen der Desinfektion eingeleitet werden."

In der Tat, der erste Geheimplan der totalen nuklearen Gesellschaft, der die Gefahren und staatlich-militärischen Maßnahmen denen sich die Bevölkerung in nuklearen Katastrophenfällen ausgesetzt sieht, aufgedeckt hat.

Der Landrat fordert: Projekt Super-Phönix aufschieben.

Auf politischer Ebene wurde die Debatte um den Bau des Super-Phönix mit zwei außerordentlichen Sitzungen des Landrates im Département Isère am 23./24. September fortgesetzt. Während am ersten Tag die Diskussion über die Risiken, die der Schnelle Brüter mit sich bringt, mit Referaten verschiedener Wissenschaftler stattgefunden hatte, gab es freitags in erster Linie eine politische Diskussion. Hierbei beschäftigte man sich eher mit dem nationalen nuklearen Programm, als mit dem Bau des Super Phönix in Malville. Alle vertretenen Parteien (in der Mehrheit PC und PS) wiederholten ihre Vorbehalte hinsichlich eines Aufschubs des nuklearen Energieprogramms. Trotz einiger Gegenstimmen nahm der Landrat den Antrag der PS an, der von der Regierung fordert, das Projekt Super-Phönix aufzuschiben und es als vorrangig ansieht, eine Untersuchungskommission auf nationaler und departementaler Ebende zu bilden.

Bei der politischen Diskussion standen sich die beiden Fragestellungen unvereinbar gegenüber: „Sucht man mit dem nuklearen Energieprogramm eine Lösung, die einer gut funktionierenden Wirtschaft gemäß ist? " und „Sucht man mit dem Programm eine Lösung, die einer umweltbewußten Politik gemäß ist? ".

Die PC unterstrich, daß nicht der Aufschub, sondern eine totale Änderung des nuklearen Energieprogramms die geeignete Maßnahme sei, ihre Antrag war es, das nukleare Regierungsprogramm als energievergeudendes zu verurteilen. Die PC widersetzt sich also nicht einem nuklearen Programm im allgemeinen, sondern fordert, daß die Nation fähig sei, den Bau von KKWs durchzuführen ohne aber die schon existierenden Energiequellen aufzugeben („zurück zur Kohle").

Die im Landrat vertretenen Regierungsparteien sparachen sich gegen die Einstellung des PRogramms aus, da dies die Nation hindern würde, ihre Chancen wahrzunehmen. Die Technologie müsse auf nationaler und internationaler Ebene vorangetrieben werden. Die Zauberlehrlinge mit der Parole „Zurück zur Nat..." verbreiteten eine Propaganda, die vor keiner Extravaganz zurückweiche. Was einige Delegierte betreffe, so sei ihre Reaktion die gleiche wie die derjenigen, die sich seinerzeit der Eisenbahn in ihrer Gemeinde entgegengestellt hätten.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DER BASISGRUPPEN IN PORTUGAL

FRANKFURT(ID) 7. Oktober Am nächsten Wochenende veranstalten die GDUPs ihren ersten Kongreß. (GDUPs sind die Gruppen zur Dynamisierung der Volkseinheit, sie unterstützten die Kandidatur von Otelo) Ziel des Kongresses u.a.,strategische und taktische Ziele für den Kampf des Volkes in der gegenwärtigen politischen Situation zu finden.

In einem Schreiben an ausländische Genossen rufen die GDUPs zur Solidarität auf:

„Genossen ...

Wir meinen, daß eure Solidarität aktiv und konkret folgende Ziele verfolgen muß:

1.
Solidaritätskampagnen zu organisieren, mit den Kämpfen der portugiesischen Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Kapitalismus und Repression, und mit den GDUPs als volks aufgebaute Organisation, um eine revolutionäre Alternative zu Eanes' Projekt zu festigen.

2.
Flugblätter und anderes Material zu verteilen, in Zusammenarbeit mit portugiesischen Arbeitervereinigungen oder emigrierten GDUPs, besonders an Portugiesen, die in eurem Land wohnen.

3.
Unseren Positionen die größtmögliche Publizität zu geben, sowohl in der progressiven Presse als auch in den bürgerlichen Zeitungen.

4.
Treffen portugiesischer Arbeiter zu organisieren, unter Teilnahme von Leuten von den GDUPs aus Portugal, um die Möglichkeit der politischen und finanziellen Hilfe zu schaffen.

5.
Solidaritätskampagnen zu organisieren, auf der Basis der konkreten Bedürfnisse der Volksbewegung in Portugal, z.B. Druckmaschinen zu kaufen, um dieHerausgabe der Zeitung der GDUPs oder von anderem technischen Material zu ermöglichen.

6.
Materielle Hilfe für GDUPs in Portugal und in eurem Land zu organisieren.

Wir wären sehr erfreut, wenn ... wir mit eurer Hilfe eine Rundreise mit Mitgliedern der GDUPs in eurem Land organisieren könnten, um auf dieser Rundreise finanzielle und politische Hilfe zu fördern.

Revolutionäre Grüße

PS: Wir wären sehr erfreut, wenn ihr uns regelmäßig Nachrichten oder Zeitungen eurer Organisation schicken würdet."

Das obige Schreiben ging Teilnehmern der Portugalfahrt des Bundes Deutscher Pfadfinder zu; dieser dient als Kontaktadresse: Bund Deutscher Pfadfinder, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt am Main 90. Bei diesem Schreiben handelt es sich um ein hektographiertes Papier, das wohl auch Organisationen in anderen Ländern zuging, denn angesprochene GDUPs in der BRD sind nicht bekannt.

Das Schreiben wird hier auszugsweise veröffentlicht, damit Portugalgruppen oder Überreste oder andere Gruppen die Initiative zur Solidarität ergreifen können. Die erwähnten Positionen der GDUPs decken sich weitgehend mit dem, was im ID 142, Seite 18 unter „Zur Situation in Portugal" und „Perspektiven" abgedruckt war. Interessenten können ein Papier „The political situation and the New Government" von den GDUPs beim Bund Deutscher Pfadfinder erhalten.

REISEBERICHT AUS DEM LIBANON

TEL EL ZAATAR, NUR EINS DER PALÄSTINENSISCH-LIBANESISCHEN FLÜCHTLINGSLAGER

BEIRUT (ID) 29. September Über Tel El Zaatar wurde in der westlichen Presse entstellend berichtet. Politisch-militärische Fakten und Informationen stammen größtenteils von Falangistenseite und sind daher mit Vorsicht zu genießen. Die wenigen „Informationen", die man der Presse und der Öffentlichkeit hat zukommen lassen, haben lediglich dazu gedient, die Ereignisse, die sich in Tel El Zaatar abgespielt haben, als ein militärisch genau berechnetes Kalkül von Seiten der Palästinenser darzustellen. So auch der Stern vom 19. August:

„Daß ein Kern harter Kämpfer, darunter ‚erfolgreiche' Flugzeugentführer, das Lager dennoch militärisch befestigte und Bunker aus Beton baute, hatte den Eingeschlossenen das lange Durchhalten ermöglicht. Die in China, Libyen und in der Sowjetunion ausgebildeten Kämpfer zählten nicht mehr als 500 Mann. Darunter waren vermutlich 8 japanische und 2 deutsche Terroristen."

Jedoch, was heißt 54 Tage Belagerung und Kampf für die libanesisch-palästinensische Bevölkerung von Tel El Zaatar konkret?

Die möglichen Erklärungen in der westlichen Presse für den langen Widerstand in Tel El Zaatar laufen in genau dem Rahmen ab, dessen sich die Reaktion bedient, wenn sie sich in ihrer eigenen Position angegriffen fühlt. Man erklärt sich den Widerstand nur mit Unmengen vorhandener technischer Mittel: 14 740 Maschinenpistolen, 41 Flugabwehrgeschütze, 87 Mörser, 809 rückstoßfreie Artillerie und 22 Raketen (Laut Dschemeijels in der FR, 29.9.76) sowie angeblich „ gezielter dreijähriger Vorbereitung".

Stern vom 19.8.76: „ Seit drei Jahren hatten sich die Palästinenser von Tel El Zaatar auf die Stunde der Wahrheit vorbereitet. Die meisten der einst 30 000 Bewohner - etwa 1/3 davon sind griechisch-orthodoxe Christen aus Palästina - hatten nie eine Waffe in der Hand gehabt und nie den Bürgerkrieg gewollt. Aber sie hatten unter ihren an den Berghang geklebten Wellblech- und Steinhütten Höhlen gebaut, Tunnel gegraben, Vorratskammern angelegt, Waffen und Munition. Denn schon einmal, vor drei Jahren, sollte das Lager gestürmt werden."

Daß diese Interpretation in der westlichen Welt und in den Metropolen so bereitwillig aufgenommen wurde, liegt daran, da es den Menschen im Westen auf grund ihrer eigenen Ohnmacht schwer möglich ist, den Widerstand von Tel El Zaatar als etwas Menschenmögliches zu begreifen. Alles zielt darauf ab, die Rolle der Menschen in dem Widerstand zu leugnen und das Ganze auf eine technische Dimension zu reduzieren.

Tel El Zaatar wurde 1950 gegründet. Es hatte 30 000 Einwohner und bestand aus palästinensischen Flüchtlingen und zu 40% aus libanesischen Bauern, die vor den Angriffen der israelischen Zionisten aus dem Süden Libanons geflohen waren. Geographisch gesehen liegt Tel El Zaatar inmitten der von den Falangisten beanspruchten Gebiete in Beirut.

Im Lager herrschte Arbeitslosigkeit, die meisten Bewohner waren arm. Sie bildeten eine Quelle billiger Arbeitskräfte für die nahegelegene Industrie, die hauptsächlich in Besitz der libanesisch-maronitischen Minderheit war. (Maroniten: größte und wichtigste christliche Volksgruppe im Libanon. Kirche der alten eingestammten Bergbevölkerung, Schlüsselpositionen in Staat, Wirtschaft und Bildungswesen.) Sie beschleunigten die Einwanderung von Flüchtlingen in den 50er und 60er Jahren, um billige Arbeitskräfte zu haben. Das Lager wuchs bis in die Vorstädte von Beirut hinein.

Mit dem Auftauchen des palästinensischen Widerstands Ende der 60er Jahre begannen auch die Menschen im Camp sich zu organisieren. Das Camp war zunehmend faschistischen Angriffen ausgesetzt, Entführungen und Lebensmittelblockaden waren an der Tagesordnung.

Am 4. Juli hat die Bevölkerung von Tel El Zaatar an die arabischen Außenminister einen offenennBrief geschickt, um zu bewirken, daß über Tel El Zaatar gesprochen wird. In diesem offenen Brief heißt es:

„ Viele von unseren Verwundeten, die hätten gerettet werden können, auch die leichtverwundeten, sind verblutet oder gestorben am Mangel an Blutersatz und Medizin. Man kann sich unzweifelhaft vorstellen, wie schmerzhaft, wie schrecklich es für einen Menschen ist, zu Tode zu bluten in den Armen der Brüder, oder einen Freund oder Kameraden zu sehen, ohne in der Lage zu sein, ihm zu helfen."

An Tel El Zaatar sollte ein exemplarisches Massaker durchgeführt werden, um der palästinensischen Revolution einen Schlag zu versetzen und den Widerstand der libanesischen-palästinensichen Massen zu brechen und sie voneinander zu trennen.

Am 22. Juni 76 wurde Tel El Zaatar angegriffen. Vorangegangen war eine totale Blockade seit Januar 76. Die Falangisten selber hatten Tel El Zaatar nur belagert. Erst als die Syrer sich aus Beirut zurückzogen, starteten die Falangisten ihre Offensive. Das läßt sich folgendermaßen erklären: durch den Abzug der syrischen Truppen aus Beirut und ihre Verlagerung an andere Stellungen wurden die palästinensischen Truppen militärische gebunden und konnten so der Belagerung und Offensive von außen keinen Einhalt gebieten. Während der ersten 13 Tage der Belagerung war die Logistik gewährleistet, auch war die Straße, die zum Camp führt, einige Male geöffnet, um geringe Mengen von Versorgungsgütern durchzulassen. Nach den Syrern jedoch war die Versorgung von außerhalb praktisch unmöglich. Tel El Zaatar wurde von 4500 (Schamuniten, Frandschie), von 1500 libanesischen Soldaten der regulären Armee und einer syrischen Einheit angegriffen. Man muß also sagen, daß der Fall von Tel El Zaatar nur dadurch möglich war, daß die syrische Besatzungsarmee in den Kampf eingegriffen hat.

Tel El Zaatar war während der 54 Tage der Belagerung 73 Offensiven ausgesetzt. Es wurde von schwerer Artillerie, Raketen, Panzergeschossen und auch von direkter intensiver Artillerie bombadiert. Ungefähr 60 000 Bomben jeglicher Art fielen in der Zeit der Belagerung auf das Lager herab. Eine Zahl, deren Ausmaß und Auswirkung man sich vorstellen kann, wenn man bedenkt, daß der größte Teil der Häuser aus dünnen Zementblöcken besteht. Obwohl die Lagerverteidiger jede Nacht versuchten, den falangistischen Stellungen Gegenschläge zu versetzen, hinter ihre Linien zu kommen und dabei sogar Waffen und Munition von ihnen erbeuteten, so waren sie doch gezwungen, mit den im Lager vorhandenen Waffen und der Munition hauszuhalten und planmäßig umzugehen. Größer jedoch als das militärische Problem war die Versorgung der Verletzten, der Kinder, Frauen und Alten. Die Falangisten benutzen das Verwundetenproblem den Lagerverteidigern gegenüber als Druckmittel. So wurden z.B. Verhandlungen des Vertreters des Internationalen Roten Kreuzes und den Lagerverteidigern über den Verwundetenabtransport durch den Befehl der Falangisten, daß der Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes sich sofort aus dem Lager zurückzuziehen hätte und sich unverzüglich in das Falangistengebiet zu begeben hätte, verhindert. Kurz danach setzten heftige Bombardements ein.

Hier in der Presse verbreitete sich die Nachricht, die Lagerverteidiger hätten in die Menschenmenge geschossen, um zu verhindern, daß Lagerbewohner mit den Krankentransporten aus dem Lager flüchteten. Hierzu läßt sich erstens sagen, daß keiner der Lagerverteidiger in die Menge geschossen hat, da sich darun ter ihre eigenen Familien befanden, und zweitens handelte es sich nicht um Menschen, die aus dem Lager flüchten wollten, sondern um Familienangehörige der Verwundeten, die die Verwundeten bis zum Krankenwagen begleiteten. Sie standen hierbei die ganze Zeit unter Beschuß der Falangisten. Zwei der Verwundeten wurden sogar kurz vor ihrem Abtransport noch einmal von den Falangisten verwundet. Trotz der Tatsache, daß seit dem 22. Juni Hunderte von Zivilisten getötet wurden, Frauen und Kinder verdurstet und verhungert sind und Tausende von Verwundeten keine andere medizinische Versorgung als Wasser und Salz hatten, war der Wille der Bevölkerung ungebrochen und sie unterstützen die Lagerverteidiger mit ihren Mitteln, so gut es ging.

EINIGE INTERVIEWS

Kurde, 45 Jahre alt:

„Das Lager wurde damals mit Genehmigung der UNO und mit libanesischer Einwilligung gebaut. Das Land dazu wurde abgekauft. Libanesen und Palästinenser lebten in dem Lager, und Arbeitsplätze waren in der Nähe. Meine Familie besteht aus 11 Personen. Am Anfang der Belagerung wurden wir von den Kämpfern versorgt, später haben wir sie unterstützt. Die ersten 13 Monate waren erträglich, danach wurde Wasser und Essen knapp. Die einzige Wasserquelle wurde von den Isolationisten beschossen. Zum Schluß kam von 10 Frauen, die Wasser holten, nur noch eine zurück. Die Falangisten haben vor unseren Augen junge Männer zusammengetrieben und erschossen. Andere haben sie an Lastwagen gebunden und zu Tode geschleift."

Ein Junge, der zu dem Interview dazukommt, erzählt:

„ Ich bin 18 Jahre alt und lebte mit meiner Familie im Lager. Ich wurde mit 60 anderen Jungen zusammengetrieben, wir sollten erschossen werden. Ich wurde jedoch nur durch einen Schuß in den Bauch verletzt und habe 2 Stunden unbemerkt unter den Toten gelegen. Nur so konnte ich überleben."

Interview mit einer 55jährigen Frau über ihre Erlebnisse in Tel El Zaatar. Sie hat 10 Kinder. Ein Sohn und ihr Mann sind gefallen:

„ Die einzige Nahrung, die wir zum Schluß hatten, waren Linsen. Das Wasser mußte streng rationiert werden. Wenn ein Kind Durst hatte, bekam es immer nur einen Schluck. Wasser holen war eine Selbstmord-Aufgabe geworden.

Als ich einmal Wasser holen ging, wurden vor meinen Augen einfach die Leute massakriert. Ich habe das Wasser ausgekippt, weil ich dachte, ich werde ja doch ermordet. Wir wurden alle mit erhobenen Händen an die Wand gestellt. Es kam jemand, der sagte dann, wir könnten gehen. Aber vom Wasserholen sind manchmal nur die Hälfte der Leute zurückgekommen. Wir brauchten das Wasser aber. Zum Leben. Trotzdem habe ich den Kämpfern Wasser gegeben, wenn sie an meinem Haus vorbeikamen."

Bei der Evakuierung wurde ihr Mann von der Falange getötet. Das heißt, daß er mit größter Wahrscheinlichkeit getötet wurde, denn Gefangene kehren nicht zurück. Ihr Sohn war einer der Verantwortlichen der Studentenorganisation. Auch er ist gefallen.

Als das Lager geräumt wurde, wurden im Krankenhaus in Tel El Zaatar alle männlichen Kinder über 7 Jahre ermordet.

Es sind viele Verwundete an Mangel an Medizin gestorben.

„Die Mutter aller Kämpfer", 45 Jahre alt:

„Ich bin bekannt als die Mutter aller Kämpfer. Das ist der Name, der mir von meinem jüngsten Märtyrer-Sohn gegeben worden ist. Ich hatte das Lager mit meinen 4 Söhnen. Drei von Ihnen sind vor meinen Augen in Dekwaneh erschossen worden, während der vierte in der Nähe des Museums gefaßt wurde. "

„ In Dekwaneh sind alle meine vier Söhne zuerst gefangengenommen worden. Ich folgte ihnen, weinend, schreiend, ihre Entführer bittend, sie wieder freizulassen. Diese grauenhaften Falangisten gaben mir eine Wahl. Weißt Du, was das für eine Wahl war? Sie gaben mir die Wahl, einen meiner Söhne auszuwählen, dafür, daß die anderen drei umgebracht werden. Wie sollte ich so eine Wahl treffen? Wie konnte ich einen Unterschied machen zwischen der einen Hand und der anderen, einem Auge und dem anderen? Es ist unmöglich, habe ich geschrien. Meine Söhne haben sich gegenseitig gestoßen und gesagt, geh du mit deiner Mutter. Zuletzt entschieden sie, den jüngsten zu mir zu schicken. Ich rannte zu ihnen, um sie zu küssen, und ihnen Lebewohl zu sagen, aber diese Kriminellen stießen mich zurück . . .

Ich ging zurück, als ich Feuer hinter mir hörte. Ich ging zurück, um meine drei erschossenen Söhne zu sehen. Ich rannte zurück zu ihnen, aber ihre Mörder ließen mich anhalten, weil sie über meinen Kopf und überall um mich rumschossen.

Dort ließ ich sie zurück. Nach einer Stunde kam ein Lastwagen. Der Fahrer verlangte 200 libanesische Pfund (65 Dollar), um uns zur Museumskreuzung mit allen anderen zu bringen. Wir mußten sie ihm bezahlen, und er fuhr uns hin. Die bewaffneten Männer warteten dort, als sie meinen Sohn sahen. Sie befahlen ihm auszusteigen. Er tat es. Ich sprang aus dem Wagen, schreiend und weinend. Ich erzählte ihnen von den bewaffneten Männern in Dekwaneh, die meine drei Söhne ermordet hatten und dafür erlaubt hatten, diesen einen zu lassen. Er wäre doch jetzt mein einzigster Sohn. Ich bat sie, doch nett zu sein. Die andere Frau auf dem Lastwagen sprang herunter, um auch zu versuchen, sie zu überzeugen. Aber sie waren so grauenhaft. Sie sagten, daß alle Palästinenser zwischen 14 und 40 umgebracht werden sollten. Als mein Sohn dies hörte, nahm er meine Hand und küßte sie. Er sagte dann, Mutter, du bist die Mutter aller Kämpfer."

Die Geschichten ließen sich fortsetzen, jede Familie aus Tel El Zaatar hat einen bis drei (oder mehr) ihrer Mitglieder verloren.

CIA-NAMEN IN JAMAICA VERÖFFENTLICHT

KINGSTON (ID) 5. Oktober

Auf einer Pressekonferenz veröffentlichte der ehemalige CIA-Agent Philip Agee, der mittlerweile zum entschiedenen Gegner des Geheimdienstes geworden ist, die Namen von elf CIA-Agenten, die unter diplomatischem Cover in der US-Botschaft Jamaicas arbeiten. Den dortigen Chef der CIA-Truppe, Norman Descoteaux, konnte Agee leicht identifizieren: er hatte mit ihm zusammen in den sechziger Jahren in Ecuador an „Destabilisierungs"-kampagnen des CIA gearbeitet. Auch die anderen Agenten haben in Bolivien, Peru oder der Dominikanischen Republik Erfahrung gesammelt, wie die Struktur des jeweiligen Landes nach den US-Interessen ausgerichtet wird. Die Schilderungen von CIA- Aktionen gegen Jamaica wurde von den Journalisten mit großem Interesse aufgenommen. Seit Mitte letzten Jahres hat sich die Anzahl der CIA-Agenten in Jamaica ständig vergrößert. In diesem Zeitraum hat sich auch die Tätigkeit rechtsradikaler Terrorgruppen verstärkt. Agee war in Jamaica vom „Civil Rights Council" eingeladen worden, um über Destabilisierungsmaßnahmen der USA zu informieren. Sein Besuch wurde in den Medien ausführlich behandelt, im Fernsehen und Rundfunk wurden Interviews mit Agee gesendet.

GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF IN ECUADOR –

ID–GESPRÄCH MIT DEM GENOSSEN EMILIO VELASCO ORTEGA

FRANKFURT (ID) 5.Oktober

Ecuador – das ist längst nicht mehr die klassische ‚Bananenrepublik', die sich eben auf Bananen als wichtigstes Exportprodukt stützt. Ecuador ist seit vier Jahren neben Venezuela das wichtigste Erdölland Lateinamerikas. Seit 1972 also, als der Diktator Velasco Ibarra durch einen Militärputsch gestürzt wurde, regiert eine Militärjunta unter General Rodriguez Lara. Aber auch diese Regierung, die die zur Zeit mächtigsten Kapitalfraktionen repräsentiert, gestattet den US-Konzernen Texaco/Gulf die Ausbeutung der Erdölquellen, sie ist nicht in der Lage, die Misere der großen Mehrheit des Volkes zu bekämpfen.

Das Bewußtsein darüber macht sich allmählich unter den Arbeitern breit, die in drei Gewerkschaften organisiert sind. Die wichtigste und älteste dieser Organisationen ist die CEDOC (Central Ecuatoriana de Organizaciones Clasistas = Ecuatorianische Zentrale klassenbezogener Organisationen). Im ID 144 berichteten wir, daß der radikale Kurs dieser Gewerkschaft sehr schnell zur Aufdeckung ihrer Geldgeber geführt hat: CIA, die Karitative Organisation ‚Misereor' und die CDU über ihre Konrad-Adenauer-Stiftung hatten jahrelang die Politik dieser Gewerkschaft beeinflußt.

Um darüber zu informieren, war letzte Woche der Präsident der CEDOC, Emilio Velasco Ortega, 39 Jahre alt, in der Bundesrepublik. Er kommt vom Land, war zunächst Bauer auf einer Großfarm, dann Straßenarbeiter; seit etwa 12 Jahren arbeitet er für gewerkschaftliche Organisierung der Bauern und Arbeiter Ecuadors. Bevor er Präsident der Arbeitergewerkschaft CEDOC in diesem Jahre wurde, hatte er die Bauerngewerkschaft FENOC drei Jahre lang repräsentiert.

Wir haben uns mit den Genossen Emilio über einige Probleme, die mit seiner Informationsreise zusammenhängen, unterhalten.

DIE BRD UND ECUADOR

ID: Die finanzielle Abhängigkeit der CEDOC von christlichen Spenden ist – auf Lateinamerika bezogen – kein Einzelfall. Wir wissen, daß die CDU auch in Chile massive Finanzhilfen zum Sturz der Volksfront investiert hat. Wie ist es nun zur Konfrontation und zur Radikalisierung der CEDOC gekommen?

EVO: Die CEDOC wurde 1938 mit Unterstützung der Konservativen Partei Ecuadors gegründet und aufgebaut. Beteiligt waren auch Kräfte der katholischen Kirche. Das dauerte bis in die 60er Jahre, als die CEDOC politisch und ökonomisch von der ecuadorischen Christdemokratie abhängig wurde. Politisch aufgrund der finanziellen Mittel, die über die ISI (Institut für internationale Solidarität = Konrad-Adenauer-Stiftung) von der westdeutschen CDU kamen.

Mit dem Anfang dieses Jahres wurde immer deutlicher, daß die Politik der CEDOC nicht christdemokratisch sein kann und sein will. Unsere Politik ist die des Klassenkampfs der Arbeiter gegen die Industriebourgeiosie Ecuadors und gegen den Imperialismus. Gegen die Großgrundbesitzer und gegen die wachsende Durchdringung Ecuadors mit ausländischem Kapital.

Die CDU reagierte darauf zunächst mit Drohungen, die über Emilio Maspero, den Präsidenten der CLAT (Lateinamerikanischer Arbeiterbund mit Sitz in Caracas, streng antikommunistisch), im Februar dieses Jahres ausgesprochen wurden.

ID: Konkret gefragt: wie hoch waren die Zahlungen der CDU, und welche Pressionen wurden angewandt?

EVO: Vom ISI bekamen wir 700 bis 800 tausend Mark pro Jahr. Unmittelbare Kontrolle über die Verwendung des Geldes hatte Isabel Robalini, die Philip Agee in seinem Buch ‚Inside the Company' als CIA-Agentin enttarnt hat.

Unsere Politik hat sich in den letzten Monaten immer mehr auf eine Vereinheitlichung, eine Vereinigung mit den beiden anderen wichtigen Gewerkschaften Ecuadors (CTE: Moskau-orientiert und CEOSL: von US-Gewerkschaften initiiert) gerichtet. Wir streben einen zentralen Gewerkschaftsverband an, und der wird nicht christdemokratisch gelenkt sein.

Darauf reagierte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Streichung sämtlicher Gelder. Das war im Mai dieses Jahres. Und man versuchte darüberhinaus, die CEDOC zu spalten, was nicht gelang. Im Gegenteil. Wir sind geschlossener als zuvor.

Im Moment versuchen wir, eine Liste aller westdeutschen multinationalen Konzerne zu erstellen. Wir wissen z.B., daß die BASF ein Interesse an der Ausbeutung der vor kurzem entdeckten Uranvorkommen hat.

Die Pressionen gehen weiter. Gezahlt wird jetzt an die kleine

Gruppe um Isabel Robalino und den Ex-Präsidenten der CEDOC, Cuisana. Die arbeiten innerhalb der CEDOC mit dem Geld der CDU weiter. Wir haben dies alles auf einer außerordentlichen Versammlung der CEDOC den Mitgliedern, den Arbeitern und Bauern, also der Basis bekannt gemacht. Die wissen also Bescheid.

ID: Die Bundesrepublik wird zur Zeit von den Sozialdemokraten regiert. Die Sozialdemokraten machen auch Entwicklungshilfe. Und in ihrem Konzept bzw. der Realisierung steht Ecuador an dritter Stelle aller Länder, die von der BRD Entwicklungshilfe bekommen. Warum ist deiner Meinung nach diese Entwicklungshilfe – relativ – so stark?

EVO: Ich will im Zusammenhang von ganz Lateinamerika erstmal eine globale Strategie dieser sozialdemokratischen Entwicklungshilfe feststellen. Jedes Land auf unserem Kontinent bekommt sie. Die Besonderheit von Ecuador liegt meiner Meinung darin, daß es hier wichtige und große Bodenschätze gibt, daß es hier viel und billige Arbeitskräfte gi bt. Geografisch liegt Ecuador günstig in der Mitte des Kontinents mit einer langen Küste, also mit breitem Zugang zum Meer. Und es gibt schließlich eine Regierung, die dies alles zur Verfügung stellt.
Ecuador hat nicht nur Erdöl, sondern auch Uran, teure Holzsorten, einen großen Fischreichtum.

ID: In Ecuador gibt es etwa 70 vom DED (Deutscher Entwicklungsdienst) geschickte Entwicklungshelfer. Gibt es von Seiten der CEDOC Zusammenarbeit mit ihnen?

EVO: Die deutschen Freiwilligen arbeiten hauptsächlich auf dem Land. Bis vor kurzem stand ihre Arbeit am Rand oder außerhalb unsere gewerkschaftlichen Arbeit. Das schadete der Gewerkschaft, weil es unabhängig von ihr lief, also gegen die Einheit war. Sie halfen mit, eine Art agrarische Kleinbourgeoisie zu schaffen. Die CEDOC hat durch ihre Bauerngewerkschaft FENOC diese Arbeit kritisiert.

Und heute rechnen wir mit einer großen Zahl unter den deutschen Freiwilligen, die mit der FENOC bzw. der CEDOC zuzusammenarbeiten. Sie arbeiten wirklich mit an den Projekten, die für die Bauern wichtig sind, z.B. Vorsorge-Medizin, Ackerbaukunde, Zahlungsverkehr.

ECUADOR UND SEINE NACHBARN

ID: Der Informationsstand unter den Genossen und Genossinnen hier über Ecuador ist sehr niedrig. Wenn wir Ecuador einmal mit seinen Nachbarländern in Beziehung setzen – also mit Kolumbien im Norden und Peru im Süden – welche unterschiedlichen Merkmale lassen sich angeben, was das Bewußtsein und den Stand der Arbeiter- und der Bauernbewegung angeht?

EVO: Allgemein leiden wir unter dem gleichen System und unter dessen Folgen. Es gibt nun in Ecuador einige Besonderheiten, jedoch nicht grundsätzlich anders als in diesen Ländern, sondern nur in der Form.

Grundsätzlich gibt es Armut, gibt es Ausbeutung, gibt es Repression, gibt es Verfolgung, gibt es keine Meinungsfreiheit. Das ist ähnlich oder identisch.

Die Regierungen der drei Länder sind Repräsentanten der Großbourgeoisie, die von den imperialistischen Ländern abhängig sind. Die Arbeiterklasse in Ecuador ist zwar vergleichsweise sehr klein, aber immerhin sind alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen, organisiert. Das gibt es in anderen Ländern nicht.

Und der zweite Punkte – weswegen ich auch diese Informationsreise mache – ist der Prozeß der Vereinheitlichung aller Gewerkschaften in Ecuador, und zwar von der Basis her. Daß eben über ideologische Differenzen hinaus die Vereinigung der drei Gewerkschaften in einer Gewerkschaftszentrale angestrebt wird. Das gibt es, bedauerlicherweise, weder in Kolumbien noch in Peru bisher. Die Bauern und die Arbeiter sind in diesem Prozeß beteiligt und integriert.

ID: Eine andere Sache, die in den Ländern unterschiedlich entwickelt ist, ist der bewaffnete Kampf. Wie siehst du die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit dafür in Ecuador?

EVO: In Ecuador gibt es keine Guerilla. Warum? Weil im Bewußtsein der Arbeiter und Bauerne eine Position entwickelt wurde, die nicht abenteuerlich ist. Und wir glauben, daß eine noch schwache, zersplitterte Arbeiterbewegung sich nicht auf den bewaffneten Kampf einlassen darf. Das ist Abenteurertum.

Wir können den bewaffneten Kampf nicht ausschließen, aber es müssen dafür die objektiven und die subjektiven Bedingungen vorhanden sein.

Heute sind wir in einer Etappe der Akkumulation der Kräfte, um erst mal die reale Macht der Arbeiter und Bauern zu entwickeln. Die organisierte Kraft der Arbeiter und Bauern. Das ist das einzige Mittel, damit die Revolution nicht scheitert. Dafür brauchen wir auch Parteien, Organisationen, die wirklich von den Massen gewollt und getragen werden, nicht wie bisher ‚für' sie da sind. Innerhalb dieses Kampfes, der ein revolutionärer Kampf ist, können wir den bewaffneten Kampf nicht ausschließen.

CEDOC UND DER DGB

ID: Wie war dein Besuch hier beim DGB in Frankfurt?

EVO: Ich sage dir mit aller Offenheit: Bisher hatten wir von der CEDOC noch keinen Kontakt, auch nicht brieflich, mit deutschen Arbeitern. Das hängt mit dem paternalistischen Verhalten der CLAT zusammen, die das bisher verhindert hat. Die Finanzen, die wir bisher bekommen haben, waren eben an Bedingungen gebunden. Wir wußten also nicht, mit wem wir unter den europäischen Gewerkschaftsgenossen reden sollten.

Mich hat beim DGB überrascht, daß ich nur mit einem der höchsten zuständigen Leute reden konnte und nicht mit den Gewerkschaftsführern und Kadern, die mit der Basis in Kontakt sind. So hatte das gar keinen Sinn. Mich überrascht das, weil wir eine andere Art gewerkschaftlicher Arbeit machen. Ich habe den Eindruck daß unser Syndikalismus dynamischer ist, weil auch die zweiten und dritten Funktionäre an den Entscheidungen mitwirken.

Sicher, wir wurden freundlich empfangen. Von Person zu Person war das sehr gut. Wir haben unsere Situation dargestellt, wurden aber an höhere Stellen verwiesen. Konkrete Hilfe bekamen wir nicht, denn es hieß dort, sie hätten keine Entscheidungsbefugnis.

ID: Vor einem Jahr hatten wir im ID (98) einen Bericht über das ‚Linguistische Sommer-Institut', das wie in fast allen Ländern Lateinamerikas, so auch in Ecuador arbeitet. Dieses Institut macht offiziell religiöse Missionsarbeit. In Wirklichkeit aber zerstört es die eigen ständigen Kulturen der Indianerstämme in diesen Ländern. Aus Peru wurde es – weil es eine US-amerikanische Einrichtung ist, die auch mit dem CIA zusammenarbeitet – im letzten Jahr rausgeworfen.

Wie sieht es damit heute in Ecuador aus?

EVO: Dieses Institut ist ein Instrument des amerikanischen Geheimdienstes. Die Regierung verschließt ihre Augen davor, während die Gewerkschaften einmütig den Rauswurf aus unserem Land fordern. Denn das ist die CIA inPerson!

Bezahlt von den Ölgesellschaften Texaco/Gulf, die die Indianerstämme im Urwald – dort, wo das Erdöl gefunden und gefördert wird – durchdringen und sie entweder zu braven Erdöl-

arbeitern machen oder sie ausrotten. Sie werden korrumpiert, ihre Kulturen und ihre Organisationen werden zerschlagen.

ID: Was macht die CEDOC gegen dieses Institut?

EVO: Es gibt eine permanente Bewegung, eine Mobiliserung dagegen. Aber das Institut arbeitet noch.

Ein Wort von mir zum Schluß: Ich möchte die deutschen Arbeiter grüßen. Gerade weil ich keine Gelegenheit hatte, hier in Deutschland mit der Basis zu reden. Ich hoffe, über die CGT in Paris mit französischen Arbeitern sprechen zu können.

Wir wünschen uns, daß nicht nur Studenten und Intellektuelle nach Ecuador kommen, sondern Arbeiter von der Basis, um die Probleme ihrer Kollegen kennenzulernen. Mit den Augen und mit dem Herzen sehen, warum und wofür wir kämpfen. Der DGB mit seinen riesigen Finanzmitteln sollte deutschen Arbeitern Stipendien geben, damit sie kommen und sehen können, warum wir kämpfen.

WIE ARGENTINIENS POLIZEICHEF CARDOZO ZUM HIMMEL FUHR

BUENOS AIRES (ID) 5.Oktober

Vorletzte Woche – so meldeten die bürgerlichen Medien – sei ein Attentat auf den argentinischen Staatschef General Videla fehlgeschlagen. Vor drei Monaten wurde in Argentinien ein Attentat durchgeführt, das erfolgreich war. Ana Maria Gonzalez, Mitglied der Guerilla-Organisation ‚Montoneros', hatte dem General Cesario Cardozo (argentinischer Polizeichef und einer der Hauptverantwortlichen für die wahnwitzige Repression gegen die Linke) eine Bombe unters Bett gelegt.

Wie sie die Aktion durchgeführt hat, das berichtete sie der Madrider Zeitschrift ‚Cambio', die den Bericht am 16.August veröffentlichte. Wir entnehmen die Übersetzung der Nr. 3 des Informationsblattes von COSAL (Comitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika).

Eine erste Dokumentation über die Repression in Argentinien kann jetzt bei COSAL, Hamburg 1, Postlagerkarte Nr. 083867 A, bestellt werden – für 1,50 Mark.

ANA MARIA GONZALEZ BERICHTET: „Die Planung des Attentates beginnt, als in der Zeitung die Nachricht über die Ernennung Cardozos erscheint. Von diesem Moment an trete ich in Kontakt mit meinen Verantwortlichen und erzähle ihnen, daß ich zur selben Schule wie die Tochter des Generals gehe. Von da an haben wir versucht, eine freundschaftliche Beziehung mit Maria Graciela (Cardozo) aufzunehmen, um in ihr Haus zu gelangen. Am Anfang gab es Schwierigkeiten, weil meine Beziehung mit Maria Graciela im vorigen Schuljahr schlecht gewesen war. Wir sprachen nur miteinander, um uns wegen verschiedener politischer Auffassungen anzugreifen. Wir merkten, daß es schwierig sein würde und daß ich das Haus nur betreten könnte, um einige Notizen abzuholen."

Nach einer Woche tritt A.M. Gonzalez mit der Tochter des Polizeichefs in Kontakt„Durch einen ‚Vers', d.h. ein Märchen,das wir über meine affektive Situation erfunden hatten, somit brauchte ich dann die Unterstützung der Schulgruppe. Ich nehme dann an der Studiengruppe von Maria Graciela zusammen mit zwei anderen Töchtern von Militärs teil. Nach zwei Wochen gehe ich schon regelmäßig in das Haus und beginne eine stärkere Beziehung mit der Familie zu entwickeln. Es war ganz normal, daß ich anrief und sagte: „Du, sieh mal mir geht es ganz schlecht, ich muß mit jemanden reden, ich komme jetzt zu dir."

Ana Maria Gonzalez kommt in den ersten Maitagen zum ersten Mal in das Haus der Cardozos, 45 Tage vor der Operation. Ein Monat später wird sie mit zwei anderen Montonero-Genossen verhaftet. „Ich sage sofort, daß ich eine Freundin von Maria Graciela Cardozo bin, ihre Adresse steht in meinem Telefonbuch. Zuerst nehmen sie das gar nicht ernst, aber nach den Folterungen und da sie mir nichts anlasten konnten, ändern sie ihre Position, sie fangen an, mich gut zu behandeln, sie kaufen mir Schokolade... Als ich freigelassen werde, trete ich mit Maria Graciela in Kontakt. Ich erzähle ihr, was geschehen war, sehr oberflächlich und da tritt eine Distanzierung ein, sicher auf Druck der Familie."

Zehn Tage später aber kann Ana Maria Gonzalez das Haus wieder betreten:„Ich war noch zwei mal da, und damit hatten wir alle notwendigen Daten gesammelt, um die Operation durchzuführen, d.h. bis dahin hatten wir noch nicht ganz geklärt, wo wir den Sprengstoff hinlegen würden. Unsere Absicht war es, den Sprengstoff unter das Bett zu legen, denn im Bett würde der General sicher irgendwann mal sein. Wir hatten aber noch keinen Vorwand gefunden, um in das Schlafzimmer zu gehen. Einmal schaffte ich es mit dem Vorwand des Telefons. Es gab da zwei Apparate, einer davon stand im Schlafzimmer. Ich nehme dann alle Maße und somit wird unsere Information komplett."

Die Organisation ‚Montoneros' legt den 16.Juni als Tag der Operation fest. „An diesem Tag gehe ich später zur Schule und danach fahren uns, wie üblich, die Leibwächter von Maria Graciela in einem Ford Falcon mit Sirene, mit Gewehren und Maschinenpistolen bewaffnet, zu ihr nach Hause. So wird unser ‚Röhrchen' (die Bombe) überwacht. Schon im Haus fangen wir an zu arbeiten, wir zeichnen. Nach einer Weile und bevor die Eltern wieder nach Hause kommen – es war 18.40 Uhr – bitte ich um Erlaubnis zu telefonieren. Ich gehe zuerst zur Toilette, zünde den Mechanismus, gehe dann ins Schlafzimmer der Eltern, lege die ‚Röhre' unter das Bett. Nach ein paar Schritten merke ich, daß ich sie zu weit nach unten gelegt habe, ich kehr zurück und stelle sie auf Kopfhöhe. Ich spreche danach mit Maria Graciela, sage ihr, daß ich mich schlecht fühle und daß ich nach Hause gehen will. Ich vervollständige meine Zeichnungen, bitte sie, mir die Zeichnungen am nächsten Tag zur Schule zu bringen und gehe weg."

„Ich mußte bei alldem eine der schlimmsten Aufopferungen eines Militanten durchmachen: mit dem gehaßten Feind zusammenzu sein. 1 1/2 Monate mußte ich in das Haus der Cardozos gehen, als Studienfreundin ihrer Tochter, während der Polizeichef die Entführungen, Folterungen und Ermorderungen vieler Genossen leitete. Ich mußte mit ihm am gleichen Tisch essen und mußte dabei seine Kommentare mit einem Lächeln ertragen, wenn wieder ein Mann des Volkes ermordet wurde."

„Am Tag der Aktion sage ich meiner Familie Bescheid, daß es möglich wäre, daß das Haus durchsucht würde, denn es wären Papiere gefunden worden, in denen mein Name stand. Ich erklärte es ihnen wegen der allgemeinen repressiven Situation und weil die Regierung die Familien von Militanten nicht respektiert – es wäre besser, wenn sie an diesem Abend bei Verwandten übernachten würden. Am nächsten Tag nehmen wir wieder Kontakt miteinander auf, sie kannten schon die Nachricht. Seitdem habe ich keinen Kontakt mehr mit ihnen, aber durch andere Quellen weiß ich,daß es ihnen gut geht."

Über die politischen Ziele der Aktion sagt Ana Maria Gonzalez: „Wir haben es lange diskutiert, vor allem in den letzten Tagen, nachdem ich verhaftet wurde und dies die Sache komplizierte. Wir betrachteten die Aktion als sehr wichtig, um die Moral der Genossen zu stärken. In diesen Tagen hatten wir viele Verluste gehabt, und obwohl wir militärische Aktionen durchführten, wurden sie wegen der Presseblockade des Feindes nicht verbreitet. Mit einer solchen Aktion gab es keine Propagandaprobleme, denn sie würde der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden können. Auf der anderen Seite war das Ziel klar: bei der Möglichkeit, den Polizeichef zu eliminieren, da gibt es keinen möglichen Zweifel."

DOKUMENTATION ÜBER ZENSUR IN BRASILIEN

FRANKFURT (ID)
7. Oktober

„amnesty international" hat eine Dokumentation über die Zensur in Brasilien vorgelegt. Diese Zensur hat sich seit der Machtübernahme durch das Militär im Jahre 1964 drastisch verschärft und zu einer Unterdrückung der Meinungsfreiheit in allen Bereichen des kulturellen Lebens geführt.

So hat die strikte Pressezensur in den vergangenen Jahren – zeitweise waren unter 66 verbotenen ausländischen Publikationen auch der „Stern", der „Spiegel" und „Playboy" – dazu geführt, daß über ganze Themenbereiche nicht mehr berichtet wird. Unter diesen Themen sind Zensurmaßnahmen, Berichte über die Folterung von politischen Gefangenen, über die Situation der Gewerkschaften oder über klare Korruptionsfälle aus dem Militärbereich. Bereits im Februar 1975 stellte der Herausgeber der kritischen Wochenzeitung „Opi- -o", Fernando Gasparian, fest, daß sich die Lage seit der Machtübernahme durch Präsident Ernesto Geisel im März 1974 nur wenig gebessert habe. „Die Bundespolizei überwacht weiterhin die Einhaltung der Zensur, indem sie in der Druckerei, bei der die Zeitung gedruckt wird, erscheint."

Ein umfassender Bericht „Zur Lage der arbeitenden Frauen in Brasilien", den die 1975 gegründete Wochenzeitung „Movimento" vorbereitet hatte, wurde fast vollständig vom Zensor gestrichen: 283 von 305 Textspalten und 58 von 69 Fotos fielen der Zensur zum Opfer, darunter Interviews mit weiblichen Richtern, das Resumee einer UNO-Studie und ein Bericht über Tagesstätten für Kinder werktätiger Frauen. Der Redaktionsstab der Zeitschrift, an der mehr als 300 Journalisten mitarbeiten, erklärte dazu, daß in weniger als einem Jahr 277 Artikel mit 1.704 Seiten der Zeitschrift verboten worden sind.

Die Dokumentation belegt auf 50 Seiten eine Fülle von Eingriffen auf allen kulturellen Gebieten: so wurden 1973 die Bilder von Pablo Picasso für „unmoralisch" erklärt und alle Live-Sendungen im Fernsehen untersagt – mit 'usnahme der ohnehin zensierten Nachrichten. So wurden 60 Filme verboten – davon allein 19 im vergangenen Jahr –, 200 Musikkompositionen zurückgehalten und durchschnittlich alle zwei Tage ein Buch am Erscheinen gehindert.

Durch den Fall des im Oktober 1975 in Sao Paulo zuTode gefolterten Journalisten Wladimir Herzog wurde die Öffentlichkeit auf Inhaftierungen und Folterungen von Journalisten und Schriftstellern aufmerksam. Amnesty international dokumentiert diesen Fall und drei weitere Folterungen noch einmal und berichtet über die Inhaftierung und das Verschwinden weiterer fünf Journalisten in Brasilien seit 1974.

Mehr als 400 der bekanntesten brasilianischen Intellektuellen richteten jetzt einen Appell an die Militärregierung – mit der Bitte, die Zensur aufzuheben. In d' sem Appell heißt es: , Stark eingeengt durch Verordnungen, Gesetze, Erlasse und Vorschriften lebt das brasiliansiche Kulturschaffen auch heute noch in einer geradezu dramatischen Lage – zwichen staatlicher Zensur und Selbstbeschränkung, zwischen Angst und Unfähigkeit das Überleben ist nur im Mittelmaß möglich."

Nummer des Abonnements

bezahlt bis ID–Nummer

Exemplare

179V 134 !?! 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

LITERAR. INFORMATIONSZENTRUM
C/O WINTJES
BAHNHOFSTR.42

D-4250 BOTTROP

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

